

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Müllinghaus, Berlin.
Telefon: Simi Dänhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Telefon: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Bewilligung gestattet. Abdringung beiderseits 4 Wochen vor
Quartalstermin, wenn nicht anderes vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 1. September 1932.

Inti Irsakot
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Ungeheuerliche Pläne.

Die Sozialreaktion bei der Arbeit - Löst der Reichspräsident sein Wort nicht ein?

SPD. Die Papen-Regierung steht im Begriff, die deutsche Sozialgesetzgebung durch Notverordnung mit einem Federstrich aus dem Wege zu räumen. Sie erweist sich damit als der getreue Diener ihrer im Herrenclub vereinigten Auftraggeber.

Am vergangenen Dienstag wurde über die Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten von Hindenburg und Vertretern der Reichsregierung in Neudeck amtlich mitgeteilt, dass der Reichspräsident den Reichkanzler ersucht habe, bei der Ausarbeitung der einzelnen Bestimmungen der Notverordnung besonders darauf zu achten, "dass die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleibe." Wie die Reichsregierung diesem Wunsche des Reichspräsidenten Rechnung zu tragen beabsichtigt, zeigt der Entwurf einer Verordnung über sozialpolitische Massnahmen, der gegenwärtig das Reichskabinetts beschäftigt und der nichts weniger als eine völlige Aushöhlung der gesamten deutschen Sozialpolitik bedeutet.

Dieser Entwurf ist geradezu ungeheuerlich. Würde die Reichsregierung nicht das Empfinden haben, zurzeit noch auf die Stimmung der ihr ablehnend gegenüberstehenden Volksschichten Rücksicht nehmen zu müssen, so hätte sie wahrscheinlich statt des langen, verlausulierten Textes ihrer Verordnung die einfache Formel gewählt: "Die Reichsregierung wird ermächtigt, auf dem Gebiete der Sozialpolitik zu tun, was sie will." So nur ist das zu kennzeichnen, was in der neuen Notverordnung auf dem Gebiet der Sozialversicherung, der Versorgung der Kriegbeschädigten, aller einzelnen Gebiete des Arbeitsrechts, aller Gebiete der Arbeitslosenfürsorge sowie des gesamten Miet- und Wohnrechts geschehen soll.

Das in jahrzehntelanger Arbeit mühsam aufgebaute Werk der deutschen Sozialpolitik ist durch diese Verordnung bedroht. Die Sozialreaktion erhält völlig freie Hand. Die Ermächtigung, die sich die Reichsregierung selbst erteilt, ist so weitgehend, dass alle entscheidenden Bestimmungen über den gesetzlichen Inhalt der Sozialpolitik und über die Verwaltung der sozialen Einrichtungen willkürlich geändert werden können. Es fehlt sogar jede Richtlinie, die den Weg weist, Ziele aufsteckt oder Schranken errichtet. Nichts wäre nach dieser neuen Notverordnung an Eingriffen unmöglich, alles aber mit einem Scheine des Rechts umgeben. Dieser Eingriff kennt kein Beispiel in der Geschichte der deutschen Sozialpolitik.

Zwar ist in der Juni-Notverordnung von 1931 der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung eine Vollmacht zur Aenderung ihrer Leistungen gegeben. Aber diese Vollmacht ist nach mehreren Richtungen hin begrenzt worden. Jetzt wird, und zwar nicht nur für die Arbeitslosenversicherung, sondern zugleich für alle Zweige der Sozialversicherung eine unbegrenzte Vollmacht gegeben.

Gegen diese Pläne erheben wir den schärfsten Protest. Wir halten sie für verfassungswidrig. Sie verletzen den in der Reichsverfassung aufgestellten

Grundsatz der gleichberechtigten Mitwirkung von Arbeitern und Angestellten an der Lösung der sozialen Frage. Sie gehen auch weit über die in Art. 48 der Reichsverfassung für die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu treffenden Massnahmen hinaus. Sie stellen eine völlige Ausschaltung der Reichsgesetzgebung dar, die durch die heutigen Notzustände nicht gerechtfertigt ist.

Was wir immer gesagt haben, erfährt wiederum seine Bestätigung: Diktatur ist soziale Reaktion. Die Diktatur richtet sich gegen die Lebensansprüche der unteren Volksschichten. Die Reaktion benutzt die Diktatur, um die ihr unbequemen Einrichtungen, die sich das arbeitende Volk mittels der Demokratie im opferreichen jahrzehntelangen Kampf geschaffen hat, zu vernichten. Es bleibt nur die Frage, wie der Reichspräsident seinen Auftrag an den Reichskanzler, darauf zu achten, "dass die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleibt", mit den Plänen seines Präsidialkabinetts in Einklang bringen will. Was die Papen-Regierung plant, ist das Gegenteil von dem, was ihr der Reichspräsident auferlegt hat. Es ist deshalb zu erwarten, dass die deutsche Arbeiterschaft geschlossen gegen die Sozialreaktion mobilisiert wird und die Arbeiterorganisationen in geschlossener Front gegen die ungeheuerlichen Pläne Sturm laufen.

SPD. München, 1. Septbr. (Eig. Drahtb.)

Die "Augsburger Postzeitung", das führende katholische Organ Süddeutschlands, erinnert in seiner Freitag-Nummer an das tragische Schicksal der Popolari Partei in Italien und richtet in diesem Zusammenhang eine ernste Warnung an die Zentrumspartei. Unter dem Titel: "Popolaris Schicksal" schreibt das Blatt u.a.:

"Wer die Geschichte des italkenischen Faschismus kennt, der weiss, dass Mussolini nach dem Marsch auf Rom zunächst ein Koalitionsministerium bildete. An ihm beteiligten sich auch Mitglieder der anderen grossen Parteien, die damals noch aufrichtig an die Möglichkeit eines Zusammenarbeitens mit dem Faschismus auf dem Boden des Volksstaates glaubten. Zu den Verständigungspolitikern gehörte auch ein Teil der Popolari-Partei, des italienischen Zentrums. Diese katholische Partei war erst 1919 gegründet worden und zählte 1922 schon 107 Abgeordnete. Heute befindet sich der Gründer dieser Partei Don Luigi Sturzo in freiwillig gewählter Verbannung in England und von der grossen, mit idealem Schwung vorwärtsstürmenden Partei ist kein Atom mehr übrig. Die Popolari und auch die anderen, zu einer Verständigung mit dem Faschismus bereiten Parteien, fielen einer Illusion zum Opfer, die mit dem jähen Erwachen in der harten Wirklichkeit der Diktatur endete. Es wäre gut, wenn die Vertreter des Zentrums, bevor sie sich mit dem deutschen Faschismus an den Verhandlungstisch setzen, das tragische Schicksal ihrer Bruderpartei und die Entwicklung des Faschismus überhaupt genau studieren würden. Don Sturzo selbst warnte. Er wusste, dass eine auf dem Machtprinzip aufgebaute Bewegung trotz der Eigengesetzlichkeit des Machtprinzips immer nach dem Vollbesitz der Macht streben muss. Eine Teilung der Macht ist für eine solche Bewegung einfach unmöglich. Seine Meinung drang nicht durch. Die Popolari erhielt zwei Ministersitze, aber es war nur scheinbar eine Koalitionsregierung. Tatsächlich war es eine persönliche Regierung Mussolinis."

Das Blatt erinnert dann weiter an die vielen Vergewaltigungsmassnahmen des Faschismus und an die Ermordung des Sozialistenführers Matteotti und schliesst mit den ernstesten Worten: "Diacite moniti. Das Schicksal der Popolari mag der deutschen Bruderpartei ein warnendes Exempel sein."

SPD. Der ungeheuerliche Notverordnungsentwurf gegen die Sozialpolitik, der die Reichsregierung ermächtigen soll, alle sozialpolitischen Bestimmungen aufzuheben, hat folgenden Wortlaut:

*Die Reichsregierung wird ermächtigt, im Hinblick auf die gegenwärtige Not des deutschen Volkes zur Erleichterung von Wirtschaft und Finanzen, zur Vereinfachung und Verbilligung von sozialen Einrichtungen und zur Erhaltung und Vermehrung von Arbeitsgelegenheit

- 1.) die Vorschriften über die öffentlich-rechtliche Versicherung für den Fall der Krankheit und des Unfalls, der Arbeitslosigkeit, der Berufsunfähigkeit und Invaldität zu ändern. Die Ermächtigung erstreckt sich insbesondere auf Umfang, Gegenstand und Träger der Versicherung, die äussere und innere Verfassung der Versicherungsträger und Versicherungsbehörden, das Verfahren und die Aufbringung der Mittel, die Verwaltung und Wirtschaftsführung. Die Ermächtigung gilt entsprechend für die Ersatzversicherung.
- 2.) die Vorschriften über den äusseren Aufbau und die innere Verfassung, das Verfahren und den Geschäftsgang der Versorgungsbehörden (Gesetz über das Verfahren in Versorgungssachen § 2) zu ändern und Bestimmungen über die Wahrnehmung der Aufgaben dieser Behörden zu treffen.
- 3.) die Vorschriften auf dem Gebiete der Arbeitsverfassung, des Arbeitsvertrages und der Arbeitsgerichtsbarkeit, des Tarifvertrages, des Schlichtungswesens und des Arbeiterschutzes zu ändern und einheitlich zusammenzufassen. Dabei sind insbesondere auch Änderungen der behördlichen Einrichtungen und eine andere Verteilung der Aufgaben unter die Behörden zulässig.
- 4.) auf dem Gebiete der Arbeitslosenhilfe und der öffentlichen Fürsorge, des Arbeitsmarktes, der Arbeitsvermittlung und Arbeitsbeschaffung, der Arbeitsfürsorge und des Arbeitsdienstes die Massnahmen zu treffen, die der Reichsregierung erforderlich scheinen und dabei Gesetzesvorschriften, die den bezeichneten Gebieten angehören, zu ändern, auch die Mitwirkung der Gemeinden, Gemeindeverbände und öffentlich-rechtlicher Körperschaften sicherzustellen. Sie kann ferner Vorschriften auf dem Gebiete des Mietrechtes und des Wohnungswesens erlassen und auf dem Gebiete des Bauwesens Grundsätze für die Bereitstellung und Verwendung des Bodens aufstellen und zu diesem Zwecke Vorschriften über Enteignung treffen.*

SPD. Köln, 1. Septbr. (Eig. Drahtb.)

Der wegen des Verdachts des Totschlages an dem Maurer Neukirch gesuchte kaufmännische Angestellte Hans Holz ist in Wiesbaden festgenommen worden. Neukirch wurde kurz vor der Reichstagswahl in Köln nachts von dem Nationalsozialisten Holz erstochen.

SPD. In einer Sitzung von Vertretern der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und der Zentrumspartei, die am Donnerstag unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten Goering stattfand, wurde folgende Verlautbarung vereinbart:

„Gegenüber zahlreichen Kombinationen in der deutschen Öffentlichkeit wird bezüglich der zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum schwebenden Verhandlungen festgestellt, dass diese Verhandlungen begonnen wurden und fortgesetzt werden mit dem Ziel der Beruhigung und Festigung der innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland auf längere Sicht, da nur auf der Grundlage der Wiederherstellung des Vertrauens eine erfolgreiche und eine dauernde wirtschaftliche Besserung und Beseitigung der ausserpolitischen Isolierung erzielt und gesichert werden kann.“

+ + +
Diese Verlautbarung zeigt, dass die Verhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum schon ziemlich weit fortgeschritten sind. Das gilt insbesondere, soweit Preussen in Frage kommt. Hier beabsichtigt man, bereits in der kommenden Woche - unter Ausschluss der Deutschnationalen - eine verfassungsmässige schwarz-braune Regierung wählen zu lassen. Ueber die Verteilung der Mini-

sterien ist bereits eine Verständigung erzielt. Als Ministerpräsident ist eine Persönlichkeit in Aussicht genommen, die weder eingeschriebenes Mitglied der NSDAP noch des Zentrums ist, aber den Nationalsozialisten nicht fernsteht. Das Innenministerium soll einem Nationalsozialisten ausgeliefert werden, desgleichen das Kultusministerium. Vom Zentrum dürfte der schwarz-braunen Koalition u.a. der preussische Wohlfahrtsminister Dr. Hirtsiefer angehören. Im übrigen ist eine Zusammenlegung mehrerer Ministerien in der Art geplant, dass sich das preussische Kabinett in Zukunft nur noch aus 4 oder 5 Ministern zusammensetzt. In erste Linie ist die Zusammenlegung des Handels-, Wohlfahrts- und Landwirtschaftsministeriums zu einem Ministerium geplant, dessen Leitung Hirtsiefer übernehmen wird. Die Verhandlungen über die Bildung einer schwarz-braunen Koalition im Reich hofft man ebenfalls im Laufe der nächsten Woche zu einem positiven Abschluss bringen zu können.

SPD. Wien, 1. Septbr. (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag begann in Wien der 8. Kongress der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Kriegsoffer und Kriegsteilnehmer. 200 Delegierte aus den ehemaligen kriegführenden Ländern Europas haben sich zu diesem Kongress im Grossen Saal des Wiener Landhauses zusammengefunden.

Der Präsident der Arbeitsgemeinschaft, der Franzose Henry Pichot, wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, dass gegenwärtig wieder in allen Ländern mit Macht zum neuen Weltkriege gerüstet werde, ja, dass in vielen Ländern wie in China und in Südamerika die Kanonen wieder ihre mörderische Sprache sprechen. Im Namen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold sprach Mayer-Deutschland, der im Hinblick auf den deutschen Faschismus erklärte, dass seit dem Tage, an dem die Junker unter Bruch der Verfassung die Gewalt in Preussen an sich gerissen haben, nicht weniger als 20 Reichsbannerleute von faschistischen Banden ermordet wurden. Für den österreichischen Republikanischen Schutzbund sprach Julius Deutsch, der seiner Bewunderung Ausdruck gab über den zähen und opfervollen Heldenkampf, den die Republikaner in Deutschland gegen den faschistischen Terror führen. Dieser Kampf, sagte Deutsch, ist von ungeheurer Bedeutung weit über die Grenzen Deutschlands hinaus. Wir wissen, dass die Entscheidung im Ringen mit dem Faschismus auf deutschem Boden fallen wird. Dies wird keine lokale, sondern eine internationale Entscheidung sein.

Abends fand im Ottakringer Arbeiterheim eine grosse Massenversammlung der Kriegsteilnehmer und Kriegsoffer statt, in der Delegierte aus allen Ländern zu den Versammelten sprachen, u.a. auch drei katholische Geistliche.

SPD. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich in dreitägigen Verhandlungen mit der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage beschäftigt. Es wurden eingehend alle Aufgaben erörtert, die von der Fraktion in der nächsten Zeit zu lösen sind. Einen Tag vor dem Wiederbeginn der Reichstagsverhandlungen wird die Fraktion zu neuen Beratungen zusammentreten.

SPD. London, 1. Septbr. (Eig. Drahtb.)

Wenn es auch nicht richtig ist, dass das englische Auswärtige Amt dem deutschen Aufrüstungsvorstoß seine Zustimmung bereits erteilt hat, so trifft es doch zu, dass die amtlichen Stellen in England dem Verlangen der deutschen Regierung an sich nicht von vornherein ablehnend gegenüberstehen. Die Logik der deutschen Forderungen gegenüber den Versailler Vertragspartnern, die ihr Abrüstungsverprechen nicht eingelöst haben, wird in der englischen Öffentlichkeit und in den Ämtern anerkannt.

Eine andere Frage ist die politische Zweckmässigkeit, die Forderung aufzustellen, und gerade jetzt aufzustellen. England wird das deutsche Vorgehen wohl ausschliesslich unter dem Gesichtspunkt beurteilen, welche Wirkungen es auf die politische Lage, vor allem auf das deutsch-französische Verhältnis ausüben wird. Jede deutsch-französische Einigung, die eine künftige Weltabrüstung nicht hindert, wird England gern annehmen, es sei denn, dass Deutschland ernsthafte Ansätze zu einer Flottenausrüstung zeigt. Dies wird in Pariser Nachrichten behauptet, die in englischen Abendblättern wiedergegeben werden. Solange man aber nicht die konkreten deutschen Wünsche kennt und die Reaktion in Frankreich nicht über den ersten Pressesturm hinausgekommen ist, wird sich die englische Haltung nicht näher festlegen lassen. Ueberrascht hat der deutsche Schritt in London nicht.

SPD. Die kommissarische preussische Regierung wird sich in diesen Tagen mit dem Beuthener Urteil befassen. Die fünf nationalsozialistischen Verbrecher, die einen Kommunisten viehisch abschlachteten und deshalb zum Tode verurteilt wurden, werden zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt werden. Die in Aussicht stehende schwarz-braune Koalition wird dann bald dafür sorgen, dass die Mordgesellen auf freien Fuss gesetzt werden.

SPD. Hamburg, 1. Septbr. (Eig. Drahtb.)

In Harber wurden bei einem SA-Mann zwei Maschinengewehre und ein Kasten gegürtelter Maschinengewehrmunition, bei einem Hofbesitzerin Marboates 3 Kästen gegürtelter Maschinengewehrmunition beschlagnahmt. In Eyendorf Kreis Winsen wurden in der Nacht zum 27. August zwei Nationalsozialisten festgenommen, die drei Gewehre Modell 98 und 190 Schuss Munition transportierten. Ueber die Herkunft und das Ziel des Transportes verweigerten die Festgenommenen, die beide in Hörstel Kreis Soltau ansässig sind, die Auskunft mit der Begründung, dass sie ihr Ehrenwort gegeben hätten und deshalb nichts verraten würden. Die Festgenommenen wurden dem Richter zugeführt.

SPD. Die deutsche Denkschrift über die Umbildung der Reichswehr ist durch eine Pariser Indiskretion in die Öffentlichkeit gelangt. Das Schriftstück ist nach halbamtlichen Berliner Mitteilungen nicht als Note zu betrachten. Es gelte als Fortsetzung einer Diskussion, die bereits in Genf mit den Staatsmännern Englands und Frankreichs begonnen habe.

In Lausanne und während der Genfer Abrüstungskonferenz wurde zwischen Deutschland und den Hauptmächten vereinbart, dass die deutschen Forderungen Ende August oder Anfang September zwischen Deutschland und Frankreich auf diplomatischem Wege nochmals besprochen werden sollten. Das ist inzwischen geschehen. Die dann dem französischen Botschafter in Berlin von der Reichsregierung übermittelte und zurzeit im Mittelpunkt der Diskussion stehende Denkschrift enthält, wie halbamtlich weiter betont wird, die "Prinzipien" der deutschen Wünsche, wie sie seit Genf bekannt seien. Sie beruhen auf dem Grundsatz der Gleichberechtigung der Staaten auch in der Frage der Rüstungen. Dass Deutschland im Prinzip auch für eine weitgehende allgemeine Abrüstung eintrete, sei auch in der Denkschrift betont.

SPD. London, 1. Septbr. (Eig. Drahtb.)

Der Streik in der Baumwollindustrie von Lancashire ist infolge Wirksamkeit der Streikposten im Ansteigen. Die Zahl der Feiernden wird auf 150 000 geschätzt.

SPD. Köln, 1. Septbr, (Eig. Drahtb.)

Die Arbeitgeberverbände der Metallindustrie Köln, Düren, Eschweiler und Stolberg haben die Lohnabkommen zum 30. September, der Arbeitgeberverband der Metallindustrie Aachen zum 15. September gekündigt. Auch in der Dürener Glasindustrie erfolgte die Kündigung der Lohnstarife zum 30. September.

Die Kündigungen sind ohne jede Angabe von Gründen und Absichten "vorausgesehen" erfolgt - wahrscheinlich nur deshalb, um nur ja bei dem durch Papen in Münster angekündigten Lohnraub keine Woche zu verlieren.

SPD. Paris, 1. Septbr. (Eig. Drahtb.)

Das deutsche Memorandum über die Rüstungsgleichheit hat Ministerpräsident Herriot gleich nach seiner Rückkehr von seiner Ferienreise in Arbeit genommen. Am Donnerstag vormittag empfing er zunächst den Kriegsminister Paul Boncour und den Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Paganon, mit denen er zusammen den Text des deutschen Dokuments eingehend durchprüfte. Nachmittags hatte er eine Besprechung mit dem englischen Geschäftsträger in Paris, um getreu dem französisch-englischen Vertrauenspakt sofort den Meinungsaustausch mit der Londoner Regierung aufzunehmen. Abends trat im Quai d'Orsay ein Ministerrat zusammen, in dem Herriot über das deutsche Dokument berichtete. Vier Stunden lang berieten die Minister, ohne jedoch zu einem Entschluss zu kommen.

In einer offiziellen Erklärung bemüht sich die französische Regierung lediglich, gute Miene zu machen. Sie erklärt, dass Frankreich "Kaltblütigkeit und Wachsamkeit" bewahren werde, wie delikater auch immer die zur Debatte stehenden Fragen und wie bedeutungsvoll ihre Folgen für die internationale Politik sein könnten. Im übrigen betont man, dass die französische öffentliche Meinung sich durch irgendwelche Drohungen Deutschlands, wie etwa Austritt aus dem Völkerbund oder willkürliche Hinwegsetzung über die Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht einschüchtern lasse. Sämtliche Blätter, namentlich die Rechtsblätter, weisen darauf hin, dass in den deutschen Drohungen sehr viel Bluff liege, denn Deutschland sei bei seiner verworrenen innerpolitischen Situation gar nicht in der Lage, das Ausland vor den Kopf zu stoßen.

Die französische Regierung hat es abgelehnt, das deutsche Schriftstück zu veröffentlichen. Auch hat sie keinerlei nähere Mitteilungen über den Inhalt abgegeben. Die Pariser Presse hält sich deshalb in ihren Kommentaren an die letzten Erklärungen des Reichswehrministers von Schleicher. Dabei betont sie vor allem, dass Deutschland in seinen Forderungen noch nicht so weit gehe, die Entmilitarisierung der Rheinlandzone wieder aufheben zu wollen. Frankreich sei also vor einer direkten Bedrohung durch die deutschen Revanchegehalte vorläufig noch gesichert. Trotzdem stößt die deutsche Forderung in Frankreich auf den lebhaftesten Widerspruch. So erklärt z.B. das "Journal des Debats", dass von dem Tage an, wo die deutsche Demarche erfolgt sei, die deutsche Politik sich klar und unzweideutig in Richtung eines neuen Krieges hin entwickle. "Das deutsche Memorandum ist kein normales diplomatisches Dokument. Es ist ein Ultimatum. Es ist der Ausfluss einer Politik, die uns geradenwegs zu einem neuen Krieg führen muss." Der "Temps" erklärt etwas vorsichtiger: "Wir machen uns keine Illusionen über den Friedenswillen Deutschlands, aber wir dürfen deshalb doch nicht auf seine Taktik hineinfallen, die mit Drohungen arbeitet, die vorläufig nur in Worten bestehen."

Wie übrigens der "Temps" anzugeben weiss, wird die französische Regierung die deutschen Forderungen nach Rüstungsgleichheit zunächst zu vertagen suchen. Frankreich werde vor allem darauf aufmerksam machen, dass die Frage einer Änderung der Entwaffnungsbestimmungen im Versailler Vertrag nicht in deutsch-französischen Einzelverhandlungen und auch nicht auf der Entwaffnungskonferenz in Genf zu lösen sei. Dazu sei unbedingt die Zustimmung aller Unterzeichnermächte des Versailler Vertrages notwendig. Weiter werde Frankreich natürlich die juristische Gültigkeit der deutschen Forderung bestreiten, denn es sei nicht richtig, dass die Eigenschaft Deutschlands als Völkerbundsmacht mit den Sonderbestimmungen

über die Entwaffnung Deutschlands im Versailler Vertrag nicht in Einklang zu bringen sei. Der Hinweis auf einen angeblichen Misserfolg der Abrüstungskonferenz sei ebenfalls abwegig. Die Konferenz sei nur deshalb auf so grosse Schwierigkeiten gestossen, weil Deutschland nicht das geringste dazu getan habe, um genügende Sicherheiten als Vorbedingung jeder Abrüstung zu schaffen. Die Drohung, sich eventuell eigenmächtig über die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinwegzusetzen, hemme die Abrüstungsbestrebungen noch mehr. Ausserdem sei der innerpolitische Zustand Deutschlands und die geistige Haltung eines überwiegenden Teiles des deutschen Volkes nicht dazu angetan, jetzt derart delikate Versuche zu ermöglichen. Anstatt über die Reorganisation der Reichswehr zu verhandeln, wäre es viel angebrachter, in Genf zunächst einmal die ständigen Veratose Deutschlands gegen die Entwaffnungsbestimmungen vor den Augen aller Welt anzuprangern.

Eine Ausnahme in der allgemeinen Aufregung der Pariser Presse macht lediglich der "Intransigeant". Das Blatt, das sonst keineswegs besonders deutschfreundlich ist, hält es für möglich, durch direkte Verhandlungen zwischen deutschen und französischen Militärsachverständigen die Fragen der Rüstungsgleichheit zu regeln. Vielleicht würden sich, so meint das Blatt, die Generale besser verständigen können als die Diplomaten und die Politiker.

(Schluss des politischen Teils.- Auf Wiederhören am Freitag
vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.)

Aus aller Welt

Mörder vom Busch.

Ein rätselhaftes Menschenleben - Findet auch der Gladbecker Primanermord seine Aufklärung?

Das Geständnis des 26jährigen Berliner Pagenmörders Rolf vom Busch, der auf grauenvolle Weise in Falkensee bei Berlin, den 16jährigen Pagen Kurt Schöning umgebracht hat, deckt den Lauf eines seltsam zwiespältigen Lebens auf.

Rolf vom Busch, der übrigens älter aussieht, als er ist, stammt aus einer angesehenen Remscheider Kaufmannsfamilie. Er hat als guter, vielgelobter Schüler in Remscheid das Gymnasium bis zur Obersekundareife besucht; anschliessend trat er als kaufmännischer Lehrling in ein Geschäft ein. Seine anormale Veranlagung trieb ihn schon damals in zweifelhafte Gesellschaft und üble Nachtlokale - während er sich im Geschäft als fleissig und strebsam zeigte, ausserdem aber auch in einem tiefen Bedürfnis nach Einsamkeit zur Beschäftigung mit Sanskrit Pali, Japanisch und Malaisch getrieben wurde. Diese Flucht ins Exotische, unterstützt von einem angeborenen starken Sprachtalent, erinnert an die romantischen Neigungen des vor Jahresfrist verurteilten, jetzt geflüchteten Berliner Muttermörders Neuhaus-Thielecke.

Straffällig wurde vom Busch zum ersten Mal in Barmen-Elberfeld, wo er wegen Missbrauchs eines Knaben zu einem Jahr und 10 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Im Gefängnis wurde er - wie er jetzt berichtet - gläubiger Buddhist. Als er die Strafanstalt verliess, reiste er nach Berlin und fälschte seine Papiere, um "ein neues Leben" anzufangen. Seine Visitenkarten lauteten auf den Namen "Edler Freiherr Rudolf Ulli vom Busch-Waldeck", die Berichte über sein Leben klangen entsprechend romanhaft. Bildung und Lebensformen öffneten ihm alle Türen. So glaubte man ihm u.a. in einem Sportklub, in dem er Aufnahme suchte und fand, dass er mit seiner Pfadfindertruppe auf Madeira gewesen sei und dort die höchste Anerkennung des ältesten Sohnes der Exkaiserin Zita gefunden habe!

Zu Geldschwindeleien hat von Busch seine Phantasie anscheinend nicht benutzt. Er verdiente sich seinen Lebensunterhalt ordentlich: er war als Page in einem gutbürgerlichen Hotel der Berliner Friedrichstadt angestellt. Aber er führte ein Doppelleben: tags leistete er zufriedenstellende Arbeit, nachts strich er in den dunkelsten Gegenden umher; ein ungesundes Sexualleben rief ihn auf und zog ihn immer mehr in die Tiefe. Am 15. Juni lernte er den 16jährigen Pagen Kurt Schöning kennen, acht Wochen später ermordete er den "Freund" den er angeblich in ein Pfadfinderlager führen wollte, im Waldesdunkel. Bei der erst nach langem Leugnen erfolgten Schilderung der Tat erklärte vom Busch, dass er in einem wahren Blutrausch gehandelt habe. Nach dem Mord hätte er sich in einem kleinen Teich vom Blute seines Opfers gereinigt und sich dadurch gewissermassen auch "seelisch gebadet"...

Im übrigen ist bei den untersuchenden Kriminalstellen der Verdacht aufgetaucht, dass vom Busch noch weitere Verbrechen ähnlicher Art, möglicherweise auch die Ermordung des Gladbecker Oberprimaners Daube auf dem Gewissen haben könnte. Im Verdacht der Täterschaft stand im Fall Daube seinerzeit der Primaner Husmann; er wurde aber wegen Mangels an Beweisen freigesprochen. Für vom Busch ist nun sehr belastend, dass beide Verbrechen - das an Daube und das an Schöning - auf gleiche Weise ausgeführt worden sind. Auch dem Ober-

primärer Dauber wurde die Kehle durchschnitten; auch bei Daube wurde wie im Falle des Pagen Schöning der Unterleib schwer verstümmelt. Ferner war vom Busch zur Zeit des Verbrechens an Daube in Gladbeck gewesen. Und endlich sagten im Husmann-Prozeß Zeugen aus, daß sie in der Nähe des Tatorts einen jungen Mann gesehen hätten, dessen Personalbeschreibung genau auf vom Busch zu passen scheint!

Angst auf Oie. Auf der der "Rügenschen Riviera" vorgelagerten Ostsee-Insel Oie liegt augenblicklich in einer Umfriedung von 80 mal 80 Metern die Winkler'sche Luftraumrakete. Will man in den umfriedeten Teil der Insel hinein, so fallen die Blicke auf ein kleines Täfelchen: "Eintritt nach freiem Ermessen". Die Rügen Reisenden lockern die Groschen; die kleine winzige, silbern in der Sonne dunkelnde Rakete regt ihr Interesse. Die Rakete ist aus Elektron hergestellt und mit Methan und flüssigem Sauerstoff gefüllt. Wenn man sie abschießt, so wird ihr Aufstieg in 7 000 Meter Höhe - nach Winklers Berechnung - zehn Sekunden dauern, ihr Rückflug mit Hilfe eines sich selbst öffnenden Fallschirms etwa 15 Minuten. Freilich ist der Abschuss der Luftraumrakete fürs erste noch nicht zu erwarten. Höheren Orts glaubt man, dass die Rakete auf ihrem Rückflug den Leuchtturm der Insel zerschlagen könne. Die Einwendungen Winklers, dass nach der Wahrscheinlichkeitsrechnung die Rakete drei Millionen mal abgeschossen werden kann, damit sie ein einziges Mal den Leuchtturm trifft, sind ohne Erfolg geblieben. Der Raketenabschuss darf nur dann erfolgen, wenn 10 000 Mark hinterlegt werden oder eine Versicherung über 100 000 Mark abgeschlossen wird. Vorläufig sammelt Herr Winkler Besichtigungsgelder...

Felseneck. Das Kammergericht gab der Beschwerde des aus dem Berliner Felseneckprozess ausgeschlossenen kommunistischen Verteidigers Rechtsanwalt Litten statt. Das Kammergericht erklärte den Ausschluss eines Verteidigers als unzulässig. Vermutlich wird nunmehr der Felseneckprozess am Freitag unter Teilnahme von Rechtsanwalt Litten und unter Ausschaltung der vom Gericht gestellten Officialverteidiger fortgesetzt werden.

Autobuskatastrophe. Auf der Landstrasse Unna-Aplerbeck (Westfalen) stieß ein mit 32 Personen besetzter Autobus gegen einen Baum. Sieben Insassen wurden schwer, 7 leicht verletzt. Vermutlich ist Übermüdung des Chauffeurs die Ursache der Katastrophe.

Spinale Kinderlähmung. In verschiedenen Stadtgegenden Leipzigs wurden Fälle von spinaler Kinderlähmung festgestellt.

Tornado. In der Nähe von Pensacola (USA, Florida) kamen bei einer Tornadokatastrophe 6 Personen ums Leben. Ausserdem entstand grosser Materialschade.

"Auf Verlangen". Die Ferienstrafkammer des Landgerichts III Berlin verurteilte den nationalsozialistischen Bäckergehilfen Paul Müller, der im Grunewald bei Berlin seine Freundin erwürgte, dann aber angeblich nicht mehr den Mut zum beabsichtigten Selbstmord gefunden haben will, entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts zu 4 Jahren Gefängnis. Das Gericht erklärte in der Urteilsbegründung, dass es "trotz Bedenken" zur Überzeugung gelangt sei, daß im Falle Müller "Tötung auf Verlangen" vorliege.

Eine Omnibus-Universität. Die Universität von Wichita im Staate Kansas (USA) hat ihren Lehrbetrieb eine aus fünf Autobussen bestehende Fahrabteilung angegliedert. 105 Omnibusstudenten können jeweils an den von Stadt zu Stadt ziehenden Kursen teilnehmen. Bücher werden nicht mitgenommen: lebendige Anschauung soll lebendiges Wissen - und zwar vornehmlich in Biologie, Geschichte und Geographie - vermitteln.

Ritter II. Ähnlich dem vor Jahren auf die Galapagos-Inseln ausgewanderten Dr. Ritter hat sich von Santiago de Chile aus der deutsche Staatsangehörige Hugo Weber in Begleitung seiner Ehefrau auf einem kleinen Segelboot nach der unbewohnten Ostseeinsel eingeschifft. Weber, ursprünglich Marineoffizier und Mitglied der Besatzung des Kreuzers Dresden, hat die Absicht, auf der Osterinsel ein Robinson-Dasein zu führen. Er hatte diese Absicht schon einmal - allein - zu verwirklichen versucht, kehrte aber zurück, weil es ihm zu einsam war. Jetzt aber, nachdem er in Santiago de Chile seine Lebensgefährtin, gleichfalls eine Deutsche, fand, will er den Versuch wiederholen.

Gilgamesch-Fund. Der Londoner Wissenschaftler Professor Herbert Stephenson Langdon, der seit Jahren die Ausgrabungen in Kisch, einer der Hauptstädte Babyloniens leitet, fand eine Tafel des berühmten Heldengedichts Gilgamesch. Es soll sich bei diesem Bruchstück, das in sumerischer Keilschrift und Sprache abgefasst ist, um die Urfassung handeln. Angeblich sollen die Berliner staatlichen Museen bereits über ein ebenso grosses Bruchstück vom Urtext des Gilgamesch verfügen. Die Berliner Museumsverwaltung gibt diese Möglichkeit zu. Grosse Altertumsschätze lagern zurzeit noch in zahllosen Kisten unausgepackt in den Kellern des babylonischen Museums. Sie auspacken fehlte es bisher an Platz.

Weniger Frömmigkeit. Die Zahl der Mekkaßpilger geht infolge der Einwirkungen der Wirtschaftskrise mehr und mehr zurück. Während im vorigen Jahr allein aus Ägypten annähernd 20 000 Pilger nach Mekka kamen, dürften es in diesem Jahr bisher ungefähr 2 000 gewesen sein.

Drei Piccard-Aufstiege? Professor Piccard beabsichtigt im Laufe des kommenden Jahres nicht weniger als drei Stratosphärenaufstiege (in der Arktis, in der Antarktis und am Äquator) vorzubereiten. Der arktische Aufstieg wird wahrscheinlich von Spitzbergen aus vorgenommen werden, weil er sich billiger stellen dürfte als der ursprünglich beabsichtigte kanadische. Professor Piccard, der die weitere Erforschung der Stratosphäre für wünschenswert und notwendig hält, glaubt vorläufig an die Möglichkeit, eine Höhe von 22 bis 23 000 Kilometern zu erreichen. Er selbst beabsichtigt im übrigen nicht mehr mit aufzusteigen, da nach seiner Meinung Leute seines Alters "keine Ambitionen mehr haben, Abenteuer am Nordpol zu erleben". Von verschiedenen Seiten sollen Piccard zur Finanzierung seiner Pläne größere Summen zur Verfügung gestellt worden sein.

Die rasende Eisenbahn. Am 12. September werden einige englische Eisenbahngesellschaften die Geschwindigkeit ihrer wichtigsten Züge noch wesentlich erhöhen. So soll der Great Western Flyer, schon bisher der schnellste Zug der Welt, eine durchschnittliche Stundengeschwindigkeit von 115 Kilometern erhalten.

Glossen

E R S C H Y

E . E D A R F

Koalitionsbauchschmerzen.

SPD. Der Schritt von der Revolution zur Koalition bereitet den Nationalsozialisten heftige Bauchschmerzen. Hitlers Kameraden von der Pistole und der Handgranate reiben sich die Augen. Sie wissen nicht mehr, ob sie Männlein oder Weiblein sind, sie glauben an politischen Sehstörungen zu leiden. In den braunen Häusern (siehe Hannover) prügeln sich die enttäuschten Bürgerkriegssoldaten mit den Koalitionsreichstagsabgeordneten und in der Nazipresse hat man alle Hände voll zu tun, um die Aufgeregten zu beschwichtigen.

Wie gebärdet sich ein Naziblatt in der Provinz, wenn es seinen Lesern erklären soll, was vorgeht? Es schreibt: Ruhe ist die erste Nazipflicht. Brave Nazibürger haben nur zu glauben, was ihnen parteiamtlich erlaubt wird! So liest man im "Freiheitskampf", dem sächsischen Naziblatt:

"Seit Tagen schon versuchen gewisse Kreise irreführende Meldungen über die Haltung der NSDAP. und insbesondere über Koalitionsverhandlungen zu vertreiben. Gleichzeitig benutzen gewisse Kräfte die bisherige Ungewißheit, zur absichtlichen Verbreitung von Falschmeldungen, die die öffentliche Meinung gegen die NSDAP. beeinflussen sollen. Gerade die deutschnationale Presse und die vom Hugenberg-Konzern bediente nationale und bürgerliche Presse verbreitet eine derartige nationalsozialistenfeindliche Stimmung. Wir erklären daher: Alle Meldungen, die nicht parteiamtlichen Charakter haben, sind Lügen. Unsere Leser fordern wird auf, jede Nachricht, deren Ursprung nicht als von der NSDAP. kommend nachgewiesen wird, abzulehnen. Dies gilt vor allem für die nächsten Tage, an denen die gesamte Journaille zum Großangriff gegen uns einsetzen wird. Traut vor allem unseren "besten Freunden", gewissen "nationalen Kreisen", nicht über den Weg."

Unverschämtheit? Nein, aber schlotternde Angst angesichts der Frage "Wie sage ich es meinen SA.-Kindern, dass sie nicht mehr auf die Revolution, sondern auf die Koalition zu schwören haben und daß sie künftig die schwarzen Marxisten, Separatisten und Vaterlandsverräter als Koalitionsbundesgenossen achtungsvoll zu grüßen haben?"

Das Zuchthaus als Arbeitslosenunterstützung.

Ein Bäckergehilfe namens Pohl in Breslau wurde im Oktober 1929 wegen Mordes an einer Prostituierten zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Verurteilte beteuerte immer wieder seine Unschuld und kämpfte um die Wiederaufnahme des Verfahrens. Als er ein Jahr im Zuchthaus gesessen hatte, gelang es ihm, seine völlige Unschuld nachzuweisen. Das Gericht sprach ihn wegen erwiesener Unschuld frei und billigte ihm für das unschuldig verbüßte Jahr Zuchthaus eine Entschädigung zu.

Der preussische Fiskus hat diese Entschädigung abgelehnt, mit der Begründung, daß Pohl erwerbslos sei, dass er also während der Zuchthausstrafe keinen Verdienstentgang gehabt habe. Am Ende wird dem Opfer eines schweren Justizirrtums noch versichert werden, daß er sich als Erwerbsloser beim Staat dafür bedanken dürfe, daß er ein Jahr lang freie Wohnung und freie Verpflegung in einer Staatsanstalt genossen habe.

Der preussische Justizfiskus hat damit gewissermassen eine Bedürftigkeitsprüfung auf eigene Faust vorgenommen. Wenn Pohl als Erwerbsloser in Freiheit gewesen wäre, hätte er ein Recht auf Unterstützung gehabt. Da er

aber im Zuchthaus Kost und Logis hatte, so rechnet der Fiskus aus, war keine Bedürftigkeit gegeben, also lag auch kein Rechtsanspruch auf Unterstützung vor. Dabei nimmt der preussische Fiskus zu ungunsten des Justizopfers ohne weiteres an, daß Pohl keine Arbeit erhalten hätte.

Das unglückliche Opfer eines Justizirrtums ist unschuldig auf ein Jahr ins Zuchthaus geworfen worden. Nachdem seine Unschuld erwiesen ist, wirft man ihn, gebrochen und existenzlos wieder aus dem Zuchthaus heraus und gibt ihn dem Hunger preis. Seine seelischen Qualen, die Zerrüttung seiner Gesundheit, der ungeheure immaterielle Schaden, den er erlitten hat, - über alles das geht der Justizfiskus achselzuckend hinweg. Er ist ein Erwerbsloser, ein Notleidender mehr, was ist schon dabei!

Kapitalistenvermögen.

Die Regierung Papen schüttet anderthalb Milliarden Steuergeschenke an die Unternehmer aus, um die Wirtschaft anzukurbeln. Die Steuergeschenke sind eine Realität - aber was ist die Ankurbelung der Wirtschaft? Seit wann legen Unternehmer ihnen zugefallene Geschenke ohne weiteres produktiv an?

Demnächst wird in Stockholm die Kunstsammlung Ivar Kreugers versteigert. Es stehen zur Auktion eine Reihe berühmter kostbarer Gemälde, nordische Meister, Holländer, Italiener, Spanier, sechs Originalradierungen von Rembrandt, Gemälde von Tintoretto, Rodin und Piombo. Dazu überaus kostbarer Schmuck, wertvolle Juwelen, kostbare Gold- und Platinarbeiten, darunter acht goldene Zigarettenetuis, von denen eins früher dem letzten Zaren gehört hat, fünf kostbare Perlenhalsbänder, ein Kaffeeservice aus dem Besitz von Maria Antoinette fünfzehn goldene Taschenuhren, die Fächer für Lippenstifte und Puder enthalten und anderes kostbares unnützes Spielzeug mehr.

Hier erhält man ein Bild, wohin der großkapitalistische Reichtum fließt. Hat man noch nicht genug Erfahrungen mit der Osthilfe gemacht? Kennt man nicht die Verschwendung, die notleidende Grossagrarien mit Osthilfegeldern betrieben haben?

Ankurbelung der Produktion? Wir sehen voraus, wie sie aussieht, und es stellt sich uns die folgende Szene vor: Gespräch am Frühstückstisch eines Grossindustriellen. Der Sohn: "Fein, Papa, das Wirtschaftsprogramm Papens. Jetzt kannst Du mir eine Motoryacht kaufen, wie sie mein Freund Heinrich besitzt. Du kannst Sie ja mit Steueranrechnungsscheinen bezahlen". Die Tochter: "Und mir, Papa, ein nettes, kleines, entzückendes Sportauto, Du brauchst ja jetzt den ekligen Arbeitern weniger Lohn zu zahlen!"

Vom Wahnsinn unserer Zeit.

Die Stadtverwaltung Wuppertal hatte drei exmittierten Familien Barackenwohnungen angewiesen. Die Exmittierten zogen statt dessen in ein im Mittelpunkt der Stadt gelegenes leerstehendes städtisches Wohnhaus. Ein Vierteljahr konnten die Leute dort ungestört wohnen, das Wohlfahrtsamt behielt ihnen regelmäßig Beträge für die Miete ein. Plötzlich sollen die drei Familien wieder hinausgeworfen werden, obendrein werden sie wegen Hausfriedensbruchs verklagt.

Städtische Wohnungen stehen leer, - aber die Armen müssen in Baracken wohnen. Das ist der Wahnsinn unserer Zeit. Wenn das Volk bei vollen Scheuern hungert, muss es auch trotz vorhandenen Wohnraumes in elenden Baracken hausen!



Industriezölle.

Weiter "maßvolle Regelung der Einfuhr."

SPD. Ausser den Zollerhöhungen für Gurken, Fruchtsäfte, lebende und geschlachtete Gänse, Eigelb, Eiweiß und pflanzlichen Talg und neben der Einführung eines Verwendungszwanges von Inlandwein bei der Herstellung von Wermutwein und Weinessig hat die Reichsregierung überraschender Weise industrielle Zollerhöhungen verordnet, die im krassen Gegensatz zu dem vom Reichskanzler in Münster gegebenen Versprechen stehen, nur eine "maßvolle Regelung der Einfuhr" eintreten lassen zu wollen. Für mehr als 100 Zollpositionen werden die autonomen Zollsätze ausserordentlich stark erhöht, zumeist verdoppelt oder vervielfacht.

Vor allem werden die Zölle für verschiedene Textilwaren, darunter die wichtigen feineren Baumwollgarne, Wollstoffe, Samt, Flachs- und Jute-gewebe erhöht, sowie die Zollsätze für zahlreiche Chemikalien heraufgesetzt. Man merkt, daß gerade die chemische Industrie bei der Reichsregierung besonders gut angeschrieben und akkreditiert ist. Darüber hinaus finden sich noch Zollerhöhungen für wichtige Ledersorten, Baustoffe, Glaswaren, für eine Reihe von Werkzeugen und Maschinen, besonders für Nähmaschinen, Strick- und Schreibmaschinen.

Aus dieser reichhaltigen Zollerhöhungsliste ersieht man, daß die in Münster erfolgte Absage an die Autarkie nur ein Lippenbekenntnis war. In der Praxis ist die Regierung bereit, den Interessentenwünschen zu folgen und die deutsche Wirtschaft weiter vom Ausland abzuschneiden.

In der amtlichen Begründung für diese Maßnahmen heißt es, daß die Zollerhöhungen infolge der Verdrängung deutscher Waren von den Auslandsmärkten und der Einfuhrsteigerung nach Deutschland notwendig geworden seien. Also die übliche Begründung. Bei den, mit erhöhten Zollsätzen versehenen Industriezweigen liegen, von einigen ganz wenigen Ausnahmefällen abgesehen, Einfuhrsteigerungen nach Deutschland gar nicht vor. Die Dinge haben sich vielmehr so entwickelt, daß die Wareneinfuhr nach Deutschland mit der allgemeinen Absatzschrumpfung zurückgegangen ist. Hinsichtlich der anderen Begründung, die deutsche Ware werde von den Auslandsmärkten verdrängt, muß darauf verwiesen werden, daß die Verdrängung deutscher Waren vom Auslandsmarkt nicht ohne Schuld der deutschen Regierung vor sich geht. Man wird auch die deutschen Ausfuhrmöglichkeiten nicht durch eine Absperrung Deutschlands gegen fremde Waren verbessern, sondern nur verschlechtern.

Bei den vorliegenden industriellen Zollerhöhungen muß man berücksichtigen, daß die bestehenden Gewichtszölle bereits durch den Preissturz der Waren eine innere Steigerung erfahren haben. Die neu festgesetzten Zollsätze sind vielfach völlig prohibitiv, schließen die Einfuhr völlig aus. Sie treten nicht durchweg mit dem 6. September, für welchen Stichtag die neue Zollverordnung gilt, in Kraft, da teilweise noch vertragliche Bindungen bestehen. Aber man muß immer mit dem neuen handelspolitischen Kurs rechnen, der nötigenfalls die Handelsverträge auflösen läßt, um die Liebesgaben für die heimische Industrie schnell durchzusetzen.

Durch die industriellen Zölle wird eine ganze Anzahl von deutschen Lieferländern betroffen, die aber zugleich in viel höherem Maße Kundenländer sind. Man muss immer bedenken, daß die deutsche fertigwareneinfuhr

heute nur etwa 1/6 der deutschen Fertigwarenausfuhr beträgt. Es handelt sich also um ein Spiel mit der Chance 6:1 gegen Deutschland, das für Deutschland nicht gut enden kann.

Die vorgesehenen starken Zollerhöhungen auf Textilwaren, insbesondere auf die feinen Garne und Wollstoffe, richten sich in der Hauptsache gegen England. Im ersten Halbjahr 1932 wurden allein aus England für mehr als 20 Millionen Mark an feineren Garnen und Wollstoffen bezogen.

Aber es handelt sich um Waren, die die deutsche Industrie unbedingt braucht. Unsere Industrie kann z.B. die feinen englischen Garne in gleicher Qualität nicht herstellen. Nun muß man ohne weiteres zugeben, daß die deutsche Ausfuhr von den englischen Absperrungsmaßnahmen der letzten Zeit stark beeinträchtigt wurde und daß infolgedessen eine Neuregelung der deutsch-englischen Handelsbeziehungen, bei der auf die deutschen Ausfuhrbedürfnisse stärker Rücksicht genommen wird, notwendig erscheint. Nachdem auf der englischen Reichskonferenz in Ottawa keine autarkische Abriegelung des englischen Wirtschaftsreichs erfolgte, ist jedenfalls der Weg für solche Verhandlungen nicht verbaut. Ob es deshalb richtig und zweckmässig ist, für diese Verhandlungen mit England eine derartig starke Zollaufüstung vorzunehmen, wie die deutsche Regierung das jetzt tut, erscheint mehr als zweifelhaft.

Zölle haben nur einmal ihr Schwergewicht und leider ist vieles, was man als Verhandlungszoll bezeichnet hat, mit der Zeit Dauerzoll geworden. Es besteht so die Gefahr, daß wir bei einer stärkeren oder gar völligen Ausschaltung des ausländischen Wettbewerbs zu einer Überteuerung deutscher Textilerzeugnisse gelangen; insbesondere dann, wenn sich die Industrie wieder belebt. Schon jetzt kann man feststellen, daß die enorm hohen neuen Zölle für die Dauer untragbar sind. Der Regierung ist anzuraten, daß sie mit der "maßvollen Regelung der Einfuhr" bald Schluß macht.

SPD. Mit zwei Veröffentlichungen beschäftigt sich das deutsche Konjunkturforschungsinstitut mit jenen, viel beachteten Erscheinungen an den Rohstoffmärkten, die als "Rohstoffhausse" bei Betrachtung und bei Deutung des Konjunkturverlaufs gegenwärtig eine sehr große Rolle spielen. Abgesehen von der Baumwolle, deren Preissteigerung auch in Deutschland zu höheren Preisen für Halbware und Fertigware geführt hat, ist die Rohstoffhausse weiten Kreisen in Deutschland noch nicht klar zum Bewußtsein gekommen. Und doch ist die Hausse auf den Rohstoffmärkten ganz erheblich! Wir geben darüber nach dem Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung folgende Zusammenstellung:

	<u>Anfang Juli 1932</u>	<u>Anfang August 1932</u>	<u>Ende August 1932</u>
	(Preise für 100 kg in Mark)		
Weizen	8,66	9,24	8,99
Zucker	7,96	10,00	10,93
Butter	151,08	160,91	160,33
Baumwolle	51,48	55,74	77,41
Wolle	137,37	148,16	146,94
Rindshäute	39,35	50,93	53,02
Kautschuk	33,61	37,04	41,20
Kupfer	46,77	46,91	52,54

Immer, wenn sich Preisveränderungen, auch die allergeringsten, an den großen Warenmärkten zeigen, tauchen Hinweise auf, daß die Weltwirtschaftskrise von den großen Warenmärkten ausgegangen sei und daß sie von den großen Warenmärkten her auch überwunden werden müsse. Wie stimmt mit diesen Hoffnungen die Marlegung des deutschen Konjunkturforschungsinstituts überein? In seinem Bericht über den Verlauf der Weltkonjunktur für Ende August 1932

sagt das deutsche Konjunkturforschungsinstitut u.a. "dass die Welthandelspreise fast allgemein anziehen. Auch die Großhandelsindexziffern der Vereinigten Staaten und Großbritanniens haben seit Jahresmitte steigende Tendenz. Die Rohstoffvorräte nehmen im ganzen nicht mehr zu. Der Rückgang des Welthandels hat sich verlangsamt. Der Mengenumsatz dürfte sogar stabil geblieben sein. Die Milderung der Vertrauenskrise und der fortschreitende Entschuldungsprozeß der Banken hat die Flüssigkeit der Geldmärkte so weit erhöht, daß jetzt Mittel auch auf den Kapitalmarkt überfließen. Ausdruck dafür ist die Hausse an den Renten- und Aktienmärkten. In Amerika und England ist der Entspannungsprozeß bereits so weit vorgeschritten, daß gewisse Rückwirkungen auf die bisher noch stark schrumpfende Produktionswirtschaft in absehbarer Zeit wahrscheinlich ist. In einigen überseeischen Rohstoffländern haben infolge verbesserter Absatzbedingungen die Konsolidierungstendenzen angehalten. In den übrigen Ländern, vor allem in den von ständigen Zahlungsbilanzschwierigkeiten und Staatsfinanzkrisen niedergehaltenen Schuldnerländern Europas, ist die Entlastung noch so gering, daß entscheidende Besserungstendenzen nicht zu erwarten sind. Dennoch dürfte die Weltwirtschaft als ganzes sich nunmehr anschicken, das Krisentief zu überwinden."

Im großen und ganzen stellt das deutsche Konjunkturforschungsinstitut fest, was es schon dutzendemale gesagt hat, nämlich die Weltwirtschaftskrise ihren Tiefstand erreicht hat. Für Deutschland gilt die Feststellung des Instituts nur mit Einschränkungen. Zwar sind "auch in Deutschland Effekturnsätze und Aktienkurse gestiegen und die reagiblen, gegen den Konjunkturverlauf besonders empfindlichen Warenpreise haben ihren Rückgang unterbrochen". Das Konjunkturforschungsinstitut hält das aber nur für "erste Ansätze zu einer neuen Entwicklung". "Die Voraussetzungen für einen durchgreifenden Wirtschaftsaufschwung nach den Regeln der alten Konjunkturautomatik sind", so führt das Institut aus, "obzwar in Teilen der Weltwirtschaft in greifbare Nähe gerückt, für Deutschland noch immer nicht gegeben. Der Absatz an Verbrauchsgütern und Exportwaren wird wegen schrumpfenden Volkseinkommens und vermindelter internationaler Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands immer mehr abnehmen. Wenn die Wirtschaft sich selbst überlassen bleibt, kann vorerst nicht mehr als günstigenfalls ein allmählicher Auslauf der Rückgänge in Absatz, Produktion und Beschäftigung erwarten werden."

Professor Dr. Wagemann, der Leiter des Konjunkturforschungsinstituts, befürwortet mit diesen Darlegungen Eingriffe in die Wirtschaft, um die vorhandene natürliche Anlage zu einer Besserung auszubauen und zu entwickeln. Man will wissen, daß diese Festlegung in gewissen Zusammenhang mit dem Wirtschaftsprogramm der gegenwärtigen Reichsregierung steht. Sollte das der Fall sein, dann kann man nur sagen, daß die Auffassungen und Ansichten Wagemanns keineswegs falsch sind, daß sie sich nur in dem Wirtschaftsprogramm der Regierung von Papen auf ein untaugliches Objekt beziehen. Selbstverständlich muss es Pflicht einer Regierung sein, Ansätze zum Besseren, die sich im Konjunkturbilde ergeben, mit allen Mitteln zu fördern. Dass die Regierung diese Förderung in dilettantischer und unzweckmässiger Weise vornimmt, dürfte allgemeine Auffassung sein.

SPD. Als vor einigen Tagen bekannt wurde, daß das Amtsgericht Nürnberg das Konkursverfahren gegen die bekannten Bingwerke (Maschinen, Spielwaren usw.) eröffnet hat, erregte das allgemeine Aufsehen. Das Unternehmen saniert zwar schon seit dem Jahre 1927. Aber man hält es produktionstechnisch auf vielen Gebieten, z.B. in der Herstellung von Spielwaren, so leistungsfähig, dass der Wunsch begreiflich ist, diese Exportwarenerwerkstätte zu erhalten.

Die Aufklärung für die Eröffnung des Konkursverfahrens gegen die deutschen Bingwerke gibt jetzt das Amtsgericht Nürnberg. Das Amtsgericht legt dar, daß sich gerade die Bankschulden bei den Bingwerken nach der Umstellung auf Goldmark, wo es den Kleinen in der Industrie äusserst schwer war, Bankkredite aufzutreiben, begünstigend vergrösserten. Ohne Zweifel hat eine falsche Rationalisierung und eine Überexpansion bei den Bingwerken den Keim zum Zusammenbruch gelegt. 1927 war die Sanierung bereits fällig. Das Jahr 1930 brachte Verluste in Höhe von 2,75 Millionen Mark und das Jahr 1931 Verluste in Höhe von 7,5 Millionen Mark. "Unter diesen Umständen", so sagt das Gericht, "habe es keine Bedenken anzunehmen, dass die Bingwerke ihren Vermögensverfall durch Leichtsinn herbeigeführt haben".

Es ist dasselbe Lied, das wir nun schon seit Jahren hörten. Die Verwaltung hat versagt, aber auch der Aufsichtsrat. Die Forderung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften nach einer wirklichen Kontrolle, die derartige Schweinereien verhütet, wird aber als "Marxismus" bezeichnet, der die Betriebe zugrunde richtet. Das ist Industriepolitik in Deutschland!

SPD. Die gleiche Regierung, die vor einigen Tagen ihr Lohnabbauprogramm angekündigt hat, bemüht sich um eine Steigerung der Getreidepreise. Am Donnerstag hat sie die von ihr geplanten Maßnahmen zur "Stützung" der Gersten- und Roggenpreise veröffentlicht, die wohl bald zur Brotpreissteigerung führen wird. An der Berliner Börse haben die Roggenpreise bereits erheblich angezogen.

Es sollen 70 000 Tonnen Gerste eingelagert werden. Die Stützung erfolgt in der Weise, daß Händler und landwirtschaftliche Genossenschaften beim Einkauf von Gerste Zuschüsse erhalten, wenn sie sich verpflichten, die gekaufte Menge drei Monate lang einzulagern und sie auf diese Weise vom Markte fernhalten. Gleichfalls steht der Plan einer großangelegten Roggenstützungsaktion bereits fest. Wie im vorigen Jahr soll auch Roggen aufgekauft und der Verfütterung zugeführt werden.

Eine Roggenstützungsaktion jetzt schon vorzunehmen bei Roggenpreisen von 8 Mark je Zentner frei Station ist unserer Ansicht völlig überflüssig; denn die jetzigen Getreidepreise sind, gemessen an dem allgemeinen Rückgang der Preise und den Erleichterungen, die die Landwirtschaft durch die Zinsherabsetzung und andere Subventionen erhalten hat, als durchaus ausreichend anzusehen. Den bankrotten Großgrundbesitzern genügt freilich ein Preis von 8 Mark je Zentner nicht; aber es ist wirtschaftlicher Wahnsinn, Preise so hoch festsetzen zu wollen, dass unrettbar überschuldete Betriebe auch noch eine Rente abwerfen. Durch nichts kann die völlig dilettantische Wirtschaftsführung der Regierung besser gekennzeichnet werden als durch derartigen Stützungs-Liebesgaben.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung je Zentner waggonfrei märkischer Station: Weisse Kartoffeln 1,20 - 1,40, Odenwälder Blaue 1,40 bis 1,60, runde Gelbfleischige 1,50 - 1,70, lange Gelbfleischige 1,90 bis 2,10 RM. Berliner Markt nicht aufnahmefähig.

Stützungshausse.

(Berliner Getreidebörse vom 1. Sept.)

SPD. Die Berliner + roduktenbörse eröffnete am Donnerstag bei ruhigem Geschäft in wenig verändörter Haltung. Im Verlaufe der Börse trat jedoch ein völliger Umschwung hervor; besonders für Roggen traten kräftigen Erholungen ein. Dieser Umschwung wurde durch die Regierungserklärung über die Stützungsmaßnahmen für den Getreidemarkt hervorgerufen. Weizen wurde hiervon weniger beeinflusst, da hinsichtlich der Weizenstützung nach der gleichen Erklärung der Regierung Entscheidungen noch nicht getroffen sind. Am Markte der Zeitgeschäfte zog Septemberroggen um $2\frac{1}{2}$, Oktober- und Dezember-Roggen um etwa 3 Mark im Vergleich zum Vortag an. Hafer konnte sich um 1 - 2 Mark erholen, während Weizen lediglich anfängliche Abschläge wieder ausgleichen konnte. Gerste war schon von Beginn an fest, da besonders für gute Brauqualitäten Nachfrage bestand.

	31.8.	1.9.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	206 - 208	206 - 208
Roggen	159 - 161	159 - 161
Braugerste	175 - 185	175 - 185
Futter- und Industrieroggen	159 - 166	160 - 167
Hafer	134 - 139	134 - 139
Weizenmehl	25,00 - 30,25	25,00 - 30,25
Roggenmehl	21,60 - 23,85	21,60 - 23,85
Weizenkleie	9,70 - 10,20	9,70 - 10,20
Roggenkleie	8,25 - 8,75	8,25 - 8,75.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Sept. 219 - 220 $\frac{1}{2}$ G. (220), Oktober 220-221 $\frac{1}{2}$ (221), Dezember 222 - 223 $\frac{1}{2}$ (222 $\frac{1}{2}$), Roggen 170 $\frac{1}{2}$ - 172 $\frac{1}{2}$ (170 $\frac{1}{2}$), Oktober 171 - 174 (171) Dezember 173 $\frac{1}{4}$ - 175 $\frac{3}{4}$ (172 $\frac{3}{4}$). Hafer September 143 - 145 (143), Okt. 143 $\frac{3}{4}$ - 145 (144) Dezember 146 - 147 (146).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. (Festgestellt von der amtl. Berliner Eiernotierungskommission am 1. September). A. Deutsche Eier: Trinkeier, vollfrische gestempelte über 65 g 8,75, über 53 g 8,25, über 48 g 7,75, frische Eier über 53 g 7,75, aussortierte kleine und Schmutzeier 6,25. B. Auslands-eier: Dänen und Schweden 18er 8,50 - 8,75, 17er 8 - 8,25, 15 $\frac{1}{2}$ - 16er 7,50 - 7,75, leichtere 6,75 - 7, Estländer 17er 7,75, 15 $\frac{1}{2}$ -16er 7 - 7,25, Holländer 68 g 9, 60-62 g 8, 57-58 g 7,50 - 7,75, leichtere 7, Litauer große 7,25, normale 6 - 6,50, Rumänen 6,50 - 6,75, Ungarn und Jugoslawen 6,50 - 6,75, kleine, Mittel- und Schmutzeier 5,50 - 6. Die Preise verstehen sich in Rpf. je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbeziehern und Eiergrosshändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: schön. Tendenz: fest.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 1. Sept. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 107, II. Qualität 97, abfallende Sorten 90 RM. Tendenz: stetig.



Kürzt die Arbeitszeit!

Ausblick auf die Genfer Verwaltungsratsstagung.

SPD. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes tritt am 21. September in Genf zu einer ausserordentlichen Sitzung zusammen, um einen Weg für die so dringend notwendige Arbeitszeitverkürzung zur Linderung der Arbeitslosigkeit frei zu machen. Jahrelang wurde die Arbeitszeitverkürzung von den Unternehmern und von den Regierungen durch allerhand Verschleppungsmanöver vereitelt. Auch in Deutschland war das so. Trotz aller Warnungen der Gewerkschaften wurde hier an dem Versuch, durch freiwillige Vereinbarungen zu einer Arbeitszeitverkürzung zu kommen, festgehalten. Dieser Versuch ist gescheitert. Auch die Kurzarbeitsausschüsse bei den Landesarbeitsämtern, die unter dem neuen Kurs eingerichtet wurden, blieben, wie die Gewerkschaften voraus gesagt haben, ohne Wirkung. Und das Wirtschaftsprogramm, das der Reichskanzler angekündigt hat, legt alles Gewicht noch einmal auf den Lohnabbau und nicht auf die Arbeitszeitverkürzung.

Die Verschleppung der Lösung des Arbeitszeitproblems hat in allen Ländern das Elend der Krise ungeheuer verschärft. Kein Wunder also, wenn sich jetzt überall auch auf Unternehmenseite immer mehr und immer gewichtigere Stimmen melden, die sich für eine Verkürzung der Arbeitszeit aussprechen. Am stärksten ist die Bewegung zur Arbeitszeitverkürzung in den Vereinigten Staaten. Von der Fünftageswoche ist drüben schon lange die Rede, allein erst jetzt erstrebt man in den Vereinigten Staaten nicht mehr lediglich eine "Arbeitszeit-Verlagerung", d.h. mehr zusammenhängende Freizeit, die aber noch keine Arbeitsmarktentlastung bedeutet, sondern eine wirkliche Verringerung der Arbeitsstunden und zwar möglichst auf gesetzlicher Basis. In Europa ist die Diskussion für die Vierzigstundenwoche durch einen Vorstoss des italienischen Faschismus von neuem belebt worden. Die Sondertagung des Verwaltungsrates des IAA zur schleunigen Beratung der Arbeitszeitverkürzungsfrage ist auf Antrag des italienischen Verwaltungsratsmitgliedes de Michelis einberufen worden. Wenn der italienische Faschismus als Bundesgenosse der freien Gewerkschaften im Kampf um die Arbeitszeitverkürzung auftritt, so ist das für die freiorganisierte Arbeiterschaft eine Genugtuung und eine neue Rechtfertigung für ihre bisherige Haltung in der Arbeitszeitfrage.

Man hat verschiedentlich glauben machen wollen, dass der italienische Vorstoss das Internationale Arbeitsamt in eine gewisse Verlegenheit gebracht habe. Der neue Direktor des Amtes, Butler, bemerkte in einem soeben stattgefundenen Gespräch mit dem Genfer Vertreter des "Deutschen" dazu: "Der italienische Antrag habe selbstverständlich die Behandlung der Arbeitszeitfrage beschleunigt, aber das Arbeitsamt könne das nur begrüssen. Im übrigen sei natürlich die Frage einer internationalen Arbeitszeitverkürzung auch im Amt längst eingehend studiert worden. Wenn für eine Konferenzbehandlung dieses Problems vielleicht auch noch keine genügenden Unterlagen vorhanden seien, so brauche doch daran die Lösung bestimmt nicht zu scheitern.

Auf die Frage: "Welches Ergebnis erwarten sie von der ausserordentlichen Tagung des Verwaltungsrates?" antwortete Butler: "Wir haben zum ersten Mal

in der Geschichte des Arbeitsamtes eine ausserordentliche Tagung des Verwaltungsrates einberufen, die sich ausschliesslich mit dem italienischen Antrag beschäftigen wird, und schon daraus kann man ersehen, welche Bedeutung wir dem Antrag beimessen. Ich nehme an, dass auf der bevorstehenden Tagung zunächst die durch den Antrag aufgeworfenen Verfahrensfragen besprochen werden, und von dieser Aussprache wird es abhängen, ob der italienische Vorschlag einer Einberufung einer ausserordentlichen Arbeitskonferenz verwirklicht werden kann. Normalerweise ist für eine solche Sondertagung der Konferenz eine Voranmeldung von vier Monaten erforderlich, da die Delegierten vieler Länder erst weite Reisen unternehmen müssen, ehe sie am Tagungs-ort eintreffen. Es könnte jedoch sein, dass der Verwaltungsrat eine besondere technische Konferenz zur Behandlung dieser wichtigen Frage einberuft, und diese Konferenz, die der Form nach nicht mit der Internationalen Arbeitskonferenz identisch zu sein braucht, zu einem früheren Termin zusammentreten lässt."

Möglichst rasch müssen positive Resultate in der Frage der internationalen Arbeitszeitverkürzung erzielt werden. Der Generalsekretär des Belgischen Gewerkschaftsbundes, C. Mertens, macht deshalb folgenden Vorschlag: Im Verwaltungsrat soll die Arbeitergruppe dafür eintreten, dass der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes ermächtigt wird, alle angeschlossenen Länder zu einer Konferenz der drei Parteien (Arbeiter, Unternehmer und Regierungen) einzuberufen. Diese Konferenz soll dann versuchen, für die Einführung der Vierzigstundenwoche in den einzelnen Ländern ein Einvernehmen zu erzielen. Die Abhaltung einer solchen Konferenz hätte den Vorteil, dass alle interessierten Länder daran teilnehmen könnten und ihnen die Möglichkeit geboten wäre, sich über den Zeitpunkt und die Einzelheiten der Arbeitszeitverkürzung zu einigen. Dieses freiwillig getroffene Übereinkommen könnte dann der Diskussion und eventuell den von der Weltwirtschaftskonferenz zu fassenden Beschlüssen als Grundlage dienen. Endlich würde auf diese Weise auch vermieden, dass die Behandlung der Frage durch Hinweise auf Bestimmungen des Friedensvertrages oder der Geschäftsordnung des Verwaltungsrates des IAA bzw. der Internationalen Arbeitskonferenz behindert würde.

Das ordentliche Verfahren der Internationalen Arbeitsorganisation für die Schaffung von Übereinkommen ist für die Regelung einer so brennenden Frage wie der Arbeitszeitverkürzung, in der endlich einmal zugepackt werden muss, zu zeitraubend. Wir können nicht noch Jahre warten, Wir brauchen sofort Hilfe. Mertens' Vorschlag schafft die Möglichkeit dazu.

SPD. Das Reichspostministerium will durch die Meldungen über seine Betriebseinschränkungs- und Entlassungspläne alarmierte Öffentlichkeit beruhigen. In einer amtlichen Auslassung heisst es: "Eine allgemeine Verkehrseinschränkung kommt nicht in Frage, vielmehr ist bei der Bemessung der Verkehrseinrichtungen in jedem Fall das tatsächliche örtliche Verkehrsbedürfnis weiterhin entscheidend. Massenentlassungen sind nicht geplant. Die in den Zeitungen hier und da genannte Zahl von 10 000 zu entlassenden Posthebern ist aus der Luft gegriffen."

Dazu wird uns von unterrichteter Seite geschrieben: Der Beruhigungsversuch des Reichspostministeriums besagt über die tatsächlichen Absichten der Verwaltung so gut wie nichts. Die Sparverfügung des Ministeriums vom 29. Juli ist eindeutig. Es heisst darin, dass "unter den jetzigen Verhältnissen daher für Postagenturen und kleine Postämter allgemein eine Zustellung ausreichen muss. Eine zweite werktägliche Briefzustellung bei diesen Postanstalten kann nur dann anerkannt werden, wenn starker Verkehr verbunden

mit ungünstigem Posteingang bedingt, dass ein angemessener Teil des gesamten Briefeingangs (etwa 30 bis 40 v.H.) auf die zweite Zustellung entfällt. Bei Postämtern mittleren und grösseren Umfanges muss, von ganz besonders begründeten Ausnahmen abgesehen, eine zweimalige Zustellung ausreichen, während eine dreimalige Zustellung nur für Grosstädte und in diesen auch nur für innere baulich eng geschlossene und überwiegend geschäftliche Stadtteile zugestanden werden kann.*

Bezieht man diese Verfügung auf die jetzige Zahl der Ortsbriefzustellungen in den einzelnen Ortschaften, dann ist festzustellen, dass in mindestens 3 100 grossen und kleinen Orten des Deutschen Reiches eine Briefzustellung wegfallen wird. Das trifft auch Berlin und Hamburg mit je 4 Zustellungen. Je nach Lage der Zustellverhältnisse wird dabei die Hälfte, ein Drittel, bezw. ein Viertel des Briefzustellpersonals eingespart. Dazu kommt, dass nicht nur im reinen Zustelldienst, sondern auch im Zubringer- und Sortierdienst Arbeitskräfte überflüssig werden. In Berlin allein ist mit der Entlassung von rund 2 000 Posthelfern zu rechnen, und nur vereinzelt werden diese Arbeiter mit täglich vielleicht vierstündiger Arbeitszeit wieder eingestellt werden.

Wie bei dieser Sachlage das Reichspostministerium davon sprechen kann, dass die Zahl von 10 000 zu entlassenden Posthelfern "aus der Luft gegriffen" sei, ist absolut unverständlich. Oder meint man, es handle sich nicht um Massenentlassungen, wenn etwa anstatt 10 000 Posthelfer einige hundert Arbeiter weniger brotlos werden? Weshalb nennt im übrigen die Deutsche Reichspost nicht selbst, wenn auch nur schätzungsweise, die Zahl der zur Entlassung kommenden Posthelfer?

Seit dem 30. Juni 1931 hat die Reichspost rund 16 100 ihrer Arbeiter entlassen, d.h., 17 Prozent der bei der Verwaltung beschäftigten Lohnempfänger. Im Zeichen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung sollte es für einen Reichsbetrieb ein Ding der Unmöglichkeit sein, auch nur einen einzigen Lohnempfänger auf die Strasse zu setzen. Arbeitsbeschaffung beginnt man nicht mit Arbeiterentlassungen.

SPD. Der Grosskampf in der niederländischen Handelsschiffahrt hängt mit der Entwertung des englischen Pfundes eng zusammen. Das Pfund hat seit der Preisgabe der Goldwährung in England dem holländischen Gulden gegenüber 25% seines Wertes eingebüsst. Die Hissung der englischen Flagge ist also gleichbedeutend mit einer beträchtlichen Lohnsenkung. Daher das Ultimatum der Seeleute, keine niederländischen Schiffe mehr unter englischer Flagge ausfahren zu lassen.-

Zum ersten Mal in der Geschichte der niederländischen Kauffahrtei stehen Offiziere und Mannschaften in einer Klassenfront. Auch die römisch-katholischen und christlich-protestantischen Verbände haben ihre Solidarität in Aussicht gestellt.

SPD. Die Verhandlungen zur Neuregelung des Lohns in der west- und ost-sächsischen Textilindustrie haben zu keinem Ergebnis geführt. In Westsachsen forderten die Arbeitgeber eine Kürzung der Tariflöhne um bis 10%.

SPD. Als Nachfolger Umbreits im Vorsitz des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates wurde Franz Spliedt, der sozialpolitische Führer des ADGB gewählt.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 67

Berlin, den 1. September 1932

Eigentumsrecht an gestohlenem Gute.^x

SPD. Eine Freundin von mir hatte einmal bei einem Juwelier einen Ring gekauft, der ihr durch seine seltsame und altertümliche Form besonders gefiel. Sie mochte ihn etwa ein bis eineinhalb Jahre getragen haben, als plötzlich bei ihr die Polizei erschien und den Ring beschlagnahmte, weil er bei einem großen Einbruch aus einer Wohnung gestohlen war. Der Juwelier hatte ihn, von dem Diebe gekauft, ohne um den Diebstahl zu wissen. Meine Freundin meinte, sie hätte den Ring doch richtig bezahlt, und darum müsse er ihr jetzt gehören. Aber in dieser Annahme irrte sie sich, und sie musste den Ring herausgeben, denn man erwirbt das Eigentum an einer Sache nur, wenn sie nicht dem Eigentümer "gestohlen worden, verloren gegangen oder sonst abhanden gekommen war". So schreibt es das Bürgerliche Gesetzbuch vor. Freilich kann es von dieser Bestimmung eventuell auch Ausnahmen geben. Ein mir bekannter Buchhändler, der antiquarische Bücher kauft und verkauft, hatte vor sehr langer Zeit einmal ein altes Buch gekauft - es war weit über 100 Jahre alt - das den Dichter William Shakespeare behandelte und in einer Zeit entstanden war, in der man in Deutschland noch kaum etwas von Shakespeare wußte. Der Buchhändler hörte dann zufällig von einem Gelehrten, der sich besonders mit Shakespeare beschäftigte und über ihn Arbeiten veröffentlichte. Da er meinte, dieser Herr würde sich vielleicht für das Buch interessieren, so bot er es ihm zum Kaufe an. Dabei stellte sich heraus, daß das Buch früher dem Gelehrten selbst gehört hatte. Er hatte es einmal verborgt gehabt, und es war ihm abhanden gekommen; wie, das war nicht mehr festzustellen. Der Gelehrte verlangte nun die Rückgabe des Werkes von dem Buchhändler. Als sich jedoch herausstellte, daß der Buchhändler es schon über 12 Jahre im Besitz hatte, konnte der neue Besitzer die Rückgabe verweigern; das Buch gehörte ihm jetzt rechtmässig. Es steht nämlich im BGB., dass jemand, der eine Sache 10 Jahre lang im Eigenbesitz hat, das Eigentum daran erwirbt. Da schon 12 Jahre seit dem Kauf des Buches vergangen waren, so traf diese Bestimmung also zu. Das B.G.B. nennt dies erworbene Anrecht "Ersitzung". Hätte allerdings der Buchhändler vor Ablauf der 10 Jahre erfahren, daß das Buch eigentlich nicht dem gehört hatte, der es ihm verkaufte, und daß es dem rechtmässigen Eigentümer abhanden gekommen war, so hätte er es nicht "ersessen", denn die Ersitzung tritt nur ein, wenn man beim Erwerb einer Sache in gutem Glauben war und auch die ganzen 10 Jahre nach dem Erwerb in diesem guten Glauben bleibt. Es ist also in diesem Falle des Buchkaufs das eingetreten, was man allgemein als Verjährung zu bezeichnen pflegt; das heißt, dass ein Anspruch nicht mehr geltend gemacht werden kann, sobald eine bestimmte Zeit vergangen ist, seitdem der Anspruch bestanden hat. Hier war der Anspruch des ursprünglichen Eigentümers auf das Buch verjährt. Dagegen waren im Falle des Kaufs des Ringes durch meine Freundin noch nicht 10 Jahre vergangen, und deshalb war der Anspruch des früheren Besitzers nicht verjährt; sie hatte den Ring noch nicht "ersessen".

Im allgemeinen ist es nötig, wenn man eine Sache zu eigen erwerben will, dass "der Eigentümer dem Erwerber die Sache übergibt und beide darüber eingestimmt sind, daß das Eigentum übergehen soll". Das gilt jedoch nur von den sogenannten "beweglichen Sachen", wie es in den vorliegenden Fällen der Ring und das Buch waren. Für unbewegliche Sachen, etwa ein Haus, ein Stück Acker usw.,

würde die Form der Eigentumsübertragung eine andere sein. Wenn man eine bewegliche Sache schon im Besitz hatte, ehe man sie als eigen erwarb, so ist es natürlich nicht mehr nötig, daß sie der Eigentümer noch einmal übergibt. Ich hatte beispielsweise einmal für einige Zeit einen Staubsauger von einem Geschäft zur Probe in meine Wohnung bekommen, ehe ich ihn kaufte. Da ich ihn also bereits hatte, so brauchte er mir selbstverständlich beim Kauf nicht mehr feierlich übergeben zu werden. Es genügte, daß ich ihn bezahlte, und daß das Geschäft ebenso wie ich mit dem Kauf einverstanden war. Jedenfalls muß man aber vorsichtig sein, wenn man eine Sache kauft, bei der man nicht ganz sicher ist, daß sie dem, der sie verkaufen will, rechtmässig gehört, daß er also wirklich nach den gesetzlichen Bestimmungen ihr "Eigentümer" ist. Sonst kann es einem ergehen wie meiner Freundin mit dem Ringe.

Henni Lehmann.

Bettler- und Tieraugen.^x

SPD. Nun war sie schon so lange krank, diese tapfere Frau, die trotzdem von Morgens früh bis Abends spät auf den Beinen war und in der großen Restaurationsküche wirtschaftete. Sie wurde qualvoll aufgefressen von ihrem Leiden. Eine Operation konnte ihr keine Hilfe mehr bringen; das hatte der Arzt ihr schonend beigebracht. Der Arzt hatte es zwar nicht direkt ausgesprochen, aber sie wußte es, daß sie Krebs hatte. Ach, wie schwer ist doch das Leben, wenn gänzliche Hoffnungslosigkeit die Zukunft abschneidet!

Ihr Mann war gesund, war robust. Er drängte sein Gesundsein in den Vordergrund. Und wenn er Abends in gehobener Stimmung war, der Stammtisch lärmte und Gesprächsfetzen in die Küche drangen, dann hörte sie, wie er sich selbst benitleidete wegen seiner kranken Frau. Alle Stammtischgäste beklagten sein herbes Geschick, und der männliche Egoismus feierte ganz ungeniert seine schönsten Triumphe. Sie wußte: ihr Mann hielt sich schadlos, und das Buffetfräulein war sein Verhältnis. Darüber war sie nicht mehr bitter; verstehend hatte sie sich mit dieser Tatsache abgefunden. Aber daß er obendrein klagte, als ob sie eine Last wäre, das tat ihr weh. Erfüllte sie doch ihre Pflicht, als ob sie im Besitz ihrer vollen Kräfte wäre. Jeder Schritt, jeder Handgriff wurde ihr zur Qual, und doch schleppte sie sich durch den Tag, wie ein müdes Droschkenpferd sich übers Pflaster fortbewegt.

Frieda, ihre Hilfe in der Küche, war ein dralles, gutmütiges Mädchen. Ohne Aufforderung hob sie die schwersten Töpfe; in voller Selbstverständlichkeit kürzte sie ihren Ausgang ab, damit die Frau nicht unnötig belastet würde. Die Frau sah prüfenden Blicks auf Friedas blühende Gesundheit. Die Seele der Frau geriet in einen schweren Zwiespalt. Sie freute sich über dieses gesunde Menschenkind, und gleichzeitig nagte der Neid in ihr. Warum war die da gesund und sie krank? Ihre Krankheit traf sie doch so unverschuldet. Zeit ihres Lebens hatte sie sich gequält, in der Hoffnung, einen ruhigen Lebensabend zu genießen, und nun war dies der Abschluß. Für ihren Mann war sie ja schon tot, bevor sie gestorben war. Kein Mensch hatte sie lieb. Frieda? Ach, Frieda war selbstverständlich aufmerksam, aber Frieda hatte sie doch nicht lieb. Es war für Frieda überhaupt nicht angenehm, neben einer kranken Frau zu arbeiten, auf die man als anständiger Mensch andauernd Rücksicht zu nehmen hatte. Und auf einmal wußte die Frau: Frieda hatte Mitleid mit ihr. O, wie dieses Mitleid schmerzte!

Die Frau hatte sich schon von den Menschen losgelöst. Ein verendendes Tier zieht sich von seinen Artgenossen zurück; es verkriecht sich, um in Ruhe sterben zu können. Das Tier stirbt nur instinktgemäss, der Mensch stirbt

mit Bewusstsein. Die Seele der Frau suchte einen Anschluß ausserhalb der Menschen ihres allernächsten Kreises. Sie fand ihn, wenn sie ihre Küchentür öffnete, die auf einen erbärmlichen Hof mündete. Auf ihm führte ein strammer rattenfangender Kater das Regiment, zu dem dann und wann Katzen kamen. Er selbst nährte sich vornehmlich von Ratten; die Katzen jedoch waren für eine solche aufreibende Jagd zu schwach, denn sie hatten kein Heim, in dem sie dank sorgender Pflege Kraft und Mut sammeln konnten. Sie waren verstoßene Niemandskinder, unschlichen beutegierig Müllkästen, drangen mit hungrigem Magen in Keller ein oder sprangen lüstern in Speisekammerfenster. Diesen Tieren gab die Kranke Küchenabfälle. Die Tiere drängten sich an die Frau, und sie betrog sich selbst und faßte sehr gewollt all dieses schnüffelnasige Hochspringen an ihr als Liebe auf. Auch ein Hund kam, der einer Bardame gehörte. Sein Frauchen schlief den ganzen Tag und ging Abends hastig fort. Er aber mußte die Wohnung bewachen. Frauchen hatte den Hund sehr lieb, doch dachte sie nie daran, daß sie den Hund fast restlos von der Luft absperrete und ihm immer viel zu stark gewürzte Kosthappen aus der Bar mitbrachte, die sein Magen gar nicht vertragen konnte. Der Hund fraß sich vor der Küchentür satt, und er hätte die kranke Frau so gern zu seinem Frauchen gewählt. Aber ein Hund hat kein Bestimmungsrecht über seine Gefühle.

Dann und wann kamen auch Bettler, die wirklich hungrig waren und es zu schätzen wußten, sich einmal ordentlich satt essen zu können. Die Frau gab auch ihnen reichlich, und wenn die übergroße Portion verzehrt war, fragte sie, ob noch Platz im Magen wäre und gab gern noch mehr. Doch Bettler sind aufs Wandern eingestellt. Es fand sich keine sichtbare Brücke zwischen dem kranken Menschen und den Menschen in wirtschaftlicher Not.

Eines Morgens stand die Frau nicht mehr auf, und gegen Mittag war sie bereits tot. Der Mann beklagte sich und meinte: "Das weiß kein Mensch, was es heißt, eine kranke Frau zu haben." Das Büffetfräulein erkundigte sich auf dem gleichen Wege, auf dem sie sich Trauerkleider besorgte, die der Mann bezahlte, wann ein Witwer wieder heiraten könnte. Sie wußte: man muß das Eisen nicht nur schmieden, solange es heiß ist, sondern man darf auch einem Manne, der bereits an ein loses Verhältnis gewöhnt ist, keine Zeit zum Nachdenken lassen. Nur Frieda weinte, weil Frieda wirklich mitleidig war.

Seitdem ist noch nicht viel Zeit vergangen. Hinter dem Büffet steht jetzt die junge Frau Wirtin, und in der Küche schaltet eine Köchin, die leichtes Spiel hat, Frieda rauszubeissen, weil die weder dem Wirte noch der jungen Frau genehm ist; denn Frieda hielt's ja mit der Kranken. Frieda wird bald gehen müssen, und dann wird im Hause niemand mehr an die Tote denken.

Aber vor der nun stets verschlossen bleibenden Küchentür nach dem Hofe hin stehen sehr oft großäufig Bettler und Tiere. Sie haben den gleichen erschrockenen Blick. Die Frau ist nicht mehr da; das fühlen sie; aber sie suchen noch immer aus unbestimmtem Drange heraus; denn sie wollen nicht glauben, daß die Güte sterben kann.

Erna Büsing.

Gewitternacht.^x

SPD. Ungefähr um Mitternacht eines Julitages, dessen ungewöhnliche Hitze das Leben in der großen Stadt Berlin fast unerträglich machte, - zwar stand gegen Abend ein Gewitter am Himmel, aber der plötzlich auftauchende Wind trieb es über die Stadt hinweg und nach Osten, wo es sich über einem Vorort entlud und großen Schaden in den Gärtnereien dieses Ortes anrichtete, ohne jedoch die erhoffte Kühle zu bringen, - ungefähr um Mitternacht dieses

Tages also, als noch vereinzelt Blitze am Himmel zuckten, erwachte Gabriele Seldner, von Beruf Sekretärin in einem staatlichen Institut, die einzige Untermieterin der Beamtenwitwe Friedrichs, mit einem dumpfen Gefühl des Benommensein. Ohne Licht anzudrehen, richtete sie sich im Bette auf und versuchte, mit den Augen das Dunkel des Zimmers zu durchdringen, als müsste sie feststellen, ob sich alles noch an seinem Platze befände. Irgendetwas hatte sie aus einem unruhigen Schlummer gerissen. Zwar war es anfangs unmöglich, sich zu erinnern, welcher Art die Geräusche gewesen waren, die sie im Halbschlaf zu vernehmen glaubte, aber nun schien es ihr, als wäre ein leichter Schritt durch das Zimmer gegangen; etwa der leichte, gleichgültige Schritt eines Spaziergängers. Dennoch war nicht Absonderliches oder gar die Anwesenheit eines Menschen im Zimmer wahrzunehmen. Vor ihr auf dem Nachttisch leuchtete das Zifferblatt der kleinen Reiseuhr, und ihr leises Ticken erfüllte das ganze Zimmer. Die Umrisse der Möbel zeigten sich längs den Wänden; durch die vorgezogene Gardine drang ein schwacher heller Schein, und weder in der Wohnung der Witwe Friedrichs noch überhaupt im ganzen Hause war ein Geräusch zu vernehmen. Und konnte Gabriele, noch immer aufrecht im Bette sitzend und sich mit der Hand über die Stirn streichend, wie ein Kind, das man aus tiefem Schlafe geweckt hat, das Gefühl einer Angst nicht verbergen; einer sinnlosen, lächerlichen Angst, die grundlos war, wie die meisten Ängste, die einen Menschen plötzlich überfallen. Es gab nichts, was sich in den zwei Stunden des Schlafes geändert hätte; nichts, das sie zwang, regungslos in die Nacht hineinzuhorchen - und doch tat sie es wie unter einem übermächtigen Zwange. Aber alles blieb still. Nur unten auf der Strasse ertönten Schritte; die Reifen eines Autos quietschten; ein Hupen wurde laut, eine ferne Straßenbahn, - dann wieder Stille, regungslose, bedrückende Stille, die endlich das schwache Rollen des Gewitters in der Ferne unterbrach.

Verwirrt schaltete Gabriele das Licht ein. Ihr erster Blick fiel auf den Nachttisch, auf dem noch der Brief ihres Verlobten lag, der ihr mitteilte, daß er auf ein Segelschiff versetzt worden sei. Sie hatte in dem Briefe kurz vor dem Einschlafen gelesen. Nun nahm sie ihn noch einmal aus dem Umschlag, überflog die Zeilen, spürte aber, daß sie viel zu müde wäre, legte den Brief wieder hin, drehte das Licht aus, zog sich die Decke bis an den Hals und erwartete von neuem den Schlaf. Ehe sie aber ganz einschlief, überfiel sie erneut jene hartnäckige, peinigende Vorstellung einer ernstesten Gefahr, deren Anfang und Grenze sie nicht überblicken konnte, die aber da war, unerbittlich da war, um ihr etwas zu nehmen, ihre Hoffnungen zu zerstören und ihr Leben mit Prüfungen zu beladen.

Dann, im Einschlafen, schien es ihr, als fielle sie langsam in eine Grube, hinein, einen dunklen Abhang hinunter, in eine Finsternis, als fielle sie endlos. Sie fühlte, wie ihr Atem schwerer ging, ihr Herz langsamer schlug, bedrückt von einer rätselhaften Gewalt, die um sie gestellt war, wie die Wände um den Hohlraum eines Zimmers. Plötzlich war es ihr, als stünde sie am Ende einer langen, finsternen und menschenleeren Strasse, die von wenigen flackernden Laternen erleuchtet war. Es regnete, und während sie da stand, bemerkte sie im Scheine der hintersten Laterne eine Gestalt, einen Mann, der sich langsam auf sie zu bewegte. Dabei hatte sie deutlich das Gefühl, als hätte sie schon lange auf diesen Mann gewartet, als stünde sie nur hier, um ihm als etwas Vertrautem zu begegnen. Aber diese Gestalt, die sich doch bewegte, deren Schritte sie deutlich hörte, kam ganz und gar nicht näher. Sie marschierte auf der Stelle, wie ein Turner oder ein Soldat. Und als sie, die Gabriele des Traumes, auf die Gestalt zu ging, zerfloß sie und verschwand. Dann verwischte sich der Traum. -

Es war in der dritten Stunde nach Mitternacht, als Gabriele von einem fürchterlichen Donnerschlage zum andertnmal aus dem Schlafe gerissen wurde. Das Gewitter war zurückgekommen. Es hing über den Häusern, und auf den Fen-

sterblechen trommelte der Regen. Doch in der Minute des Aufwachens, diesem Augenblick zwischen Traum und Wirklichkeit, diesem Moment des Zurückfindens, hatte Gabriele ein seltsames Erlebnis, dessen Stärke ihr das Herz zusammenzog, dass es zu schlagen begann mit harten, lauten Schlägen. Nichts anderes glaubte Gabriele zu sehen als die gleiche Gestalt, die sie noch eben im Traume geschaut hatte. Aber jetzt, da die Gestalt in ihrer Nähe, da sie vor ihr stand, sah Gabriele, daß es kein anderer war als ihr Verlobter. Ihr Verlobter in einer weißen, merkwürdigen Uniform, die von Wasser triefte, die an ihm herunterhing wie ein nasser Lappen, während sein Haar in wirren Strähnen an seiner Stirn klebte; in einem Gesicht klebte, vor dem sie erschrak; so geprägt war es von der Gewalt eines furchtbaren Schreckens. Da - langsam und vollkommen lautlos bewegte sich die Gestalt durch das Zimmer. Gabriele's Augen folgten ihr. Sie wollte schreien, aber sie schrie nicht; kein Wort, kein Ton drang aus ihrem Munde. Als der grelle Widerschein eines Blitzes das Zimmer taghell durchfuhr, verschwand die Erscheinung und der dumpfe Donnerschlag, der dem Blitz folgte, ließ Gabriele ganz erwachen. Erschrocken drehte sie das Licht an. Erschrocken, voller Angst, erschauernd vor der Gewalt eines Traumes, erschrocken über sich selber, daß ihr etwas geschehen konnte; starrte sie auf die Wand, an der nichts weiter zu sehen war als das Muster einer hellblauen Tapete. Unterdessen ging draussen das Gewitter zu Ende, und die Wagen der Feuerwehr rasten mit schrillum Klingeln und grellen Hornsignalen durch die Strassen.

Gabriele konnte sich nicht beruhigen. Immer wieder mußte sie daran denken, daß jenem Manne, der mit ihrem Leben verbunden war, der ihr von allen Menschen dieser Stadt, dieses Landes, von allen Menschen der Welt am nächsten stand, daß diesem Manne eine Gefahr drohte. Wie sollte sie sich auch anders diese Erscheinung erklären - oder war es nur der Willkürakt überreizter Nerven? Was konnte denn geschehen sein? Ach, sie brachte es nicht fertig, alle Gefahren in Gedanken an sich vorüberziehen zu lassen, die wie Schatten das Leben eines Menschen begleiten oder kreuzen und zerstören. Eine Unruhe überkam sie, ein Gefühl, als sollte sein und ihr Leben zerschlagen werden von einer rohen, sinnlosen Gewalt. Und eben dieses Gefühl zwang sie, auf den Morgen zu warten, wie Verurteilte die Stunde der Hinrichtung erwarten.

Die Mittagszeitungen des folgenden Tages meldeten im Anschluß an die Nachricht vom Untergang eines Segelschiffes in der Nordsee, daß sich in den Morgenstunden in einem Untergrundbahnhof eine junge Dame vor den einfahrenden Zug geworfen hätte. Allerdings hätte der Führer noch rechtzeitig bremsen können. Die Lebensmüde, ein Fräulein Gabriele Seldner, wäre die Verlobte eines Ingenieurs, der bei dem schrecklichen Schiffsunglück ums Leben gekommen wäre.

Kaliban.

Der Feldweg.^x

SPD. Kleinknecht Hans hatte Grete im Kopfe, das neue Mädchen auf dem Rethwischhofs. Oft saß er Abends im Stachelbeergebüsch auf der Lauer. Von dort konnte er die Küche überblicken und Grete arbeiten sehen.

Es war zu der Zeit, wo nach dem großen Blühen alles reift und wächst. Wieder ging eine Dämmerstunde übers Feld, und Hans hockte im Garten. Da kam Grete heraus. "Ich geh' noch mal rundum!" rief sie der Bäuerin zu.

Hans duckte sich. So lang er war, lag er unter dem Gesträuch. Wild pochte sein Herz an die kühle Erde.

Grete lachte still in sich hinein. Sie hatte ihn längst gesehen; häufig schon. Sie mochte den Hans wohl leiden.

sterblechen trommelte der Regen. Doch in der Minute des Aufwachens, diesem Augenblick zwischen Traum und Wirklichkeit, diesem Moment des Zurückfindens, hatte Gabriele ein seltsames Erlebnis, dessen Stärke ihr das Herz zusammenzog, dass es zu schlagen begann mit harten, lauten Schlägen. Nichts anderes glaubte Gabriele zu sehen als die gleiche Gestalt, die sie noch eben im Traume geschaut hatte. Aber jetzt, da die Gestalt in ihrer Nähe, da sie vor ihr stand, sah Gabriele, daß es kein anderer war als ihr Verlobter. Ihr Verlobter in einer weißen, merkwürdigen Uniform, die von Wasser triefte, die an ihm herunterhing wie ein nasser Lappen, während sein Haar in wirren Strähnen an seiner Stirn klebte; in einem Gesicht klebte, vor dem sie erschrak; so geprägt war es von der Gewalt eines furchtbaren Schreckens. Da - langsam und vollkommen lautlos bewegte sich die Gestalt durch das Zimmer. Gabriele's Augen folgten ihr. Sie wollte schreien, aber sie schrie nicht; kein Wort, kein Ton drang aus ihrem Munde. Als der grelle Widerschein eines Blitzes das Zimmer taghell durchfuhr, verschwand die Erscheinung und der dumpfe Donnerschlag, der dem Blitz folgte, ließ Gabriele ganz erwachen. Erschrocken drehte sie das Licht an. Erschrocken, voller Angst, erschauernd vor der Gewalt eines Traumes, erschrocken über sich selber, daß ihr etwas geschehen konnte, starrte sie auf die Wand, an der nichts weiter zu sehen war als das Muster einer hellblauen Tapete. Unterdessen ging draussen das Gewitter zu Ende, und die Wagen der Feuerwehr rasten mit schrillum Klingeln und grellen Hornsignalen durch die Strassen.

Gabriele konnte sich nicht beruhigen. Immer wieder mußte sie daran denken, daß jenem Manne, der mit ihrem Leben verbunden war, der ihr von allen Menschen dieser Stadt, dieses Landes, von allen Menschen der Welt am nächsten stand, daß diesem Manne eine Gefahr drohte. Wie sollte sie sich auch anders diese Erscheinung erklären - oder war es nur der Willkürakt überreizter Nerven? Was konnte denn geschehen sein? Ach, sie brachte es nicht fertig, alle Gefahren in Gedanken an sich vorüberziehen zu lassen, die wie Schatten das Leben eines Menschen begleiten oder kreuzen und zerstören. Eine Unruhe überkam sie, ein Gefühl, als sollte sein und ihr Leben zerschlagen werden von einer rohen, sinnlosen Gewalt. Und eben dieses Gefühl zwang sie, auf den Morgen zu warten, wie Verurteilte die Stunde der Hinrichtung erwarten.

Die Mittagszeitungen des folgenden Tages meldeten im Anschluß an die Nachricht vom Untergang eines Segelschiffes in der Nordsee, daß sich in den Morgenstunden in einem Untergrundbahnhof eine junge Dame vor den einfahrenden Zug geworfen hätte. Allerdings hätte der Führer noch rechtzeitig bremsen können. Die Lebensmüde, ein Fräulein Gabriele Seldner, wäre die Verlobte eines Ingenieurs, der bei dem schrecklichen Schiffsunglück ums Leben gekommen wäre.

Kaliban.

Der Feldweg.^x

SPD. Kleinknecht Hans hatte Grete im Kopfe, das neue Mädchen auf dem Rethwischhofe. Oft saß er Abends im Stachelbeergebüsch auf der Lauer. Von dort konnte er die Küche überblicken und Grete arbeiten sehen.

Es war zu der Zeit, wo nach dem großen Blühen alles reift und wächst. Wieder ging eine Dämmerstunde übers Feld, und Hans hockte im Garten. Da kam Grete heraus. "Ich geh' noch mal rundum!" rief sie der Bäuerin zu.

Hans duckte sich. So lang er war, lag er unter dem Gesträuch. Wild pochte sein Herz an die kühle Erde.

Grete lachte still in sich hinein. Sie hatte ihn längst gesehen; häufig schon. Sie mochte den Hans wohl leiden.

"Na, Hans!" sagte sie. Hans kam hoch. Rot wie ein Liebesapfel war er. Er konnte das Mädchen nicht ansehen. Da plumpste ein Apfel vor seine Füße. Den hob er auf und biß hinein. "Brrr!" machte er, "der schmeckt noch nicht!" Grete lachte hell auf; Hans auch.

Die Gartenpforte fiel ins Schloß, und draußen auf dem Feldwege flatterte im leichten Winde Gretes blaugeblühtes Kleid. Der Feldweg führte rund um eine Tannenschonung. Im Abendfrieden lag das Feld. Irgendwo sang noch eine Drossel.

Als das Mädchen nicht mehr zu sehen war und Hansens Kopf sich abgekühlt hatte, dachte er: Sie geht so herum. Wenn ich nun andersrum gehe, da... Da lief er auch schon los. Drüben, wo zwei mächtige Eichen ihre Äste breiteten, mußte er ihr begegnen. Aber aus der Eile wurde ein Hinschlendern. Er träumte von der Grete. Ja, er wollte sie fragen, ob er sie begleiten dürfte; er wollte sie mal in ihren braunen Arm kneifen; er wollte am nächsten Sonntag mit ihr zum Tange gehen.

Als er so grübelte, sah er ihr helles Kleid aus der Dämmerung schweben. Weggeweht waren seine Träume. Was wollte er ihr noch sagen? Er konnte doch nicht stehen bleiben! Dann hätte Grete geglaubt, er lauerte ihr auf. So ging er ihr langsam entgegen. "Na, Grete, was machst du hier denn?" fragte er.

"Ich geh' mal rundrum!"

"Ich auch!" antwortete Hans.

"Ganz rundrum noch?"

"Ja", sagte Hans.

Und beide gingen weiter; Grete dort herum, Hans dort herum. Als Grete in die Nähe des Gehöftes kam, dachte sie: Ach, es ist so schön draussen; geh: man noch einmal rum!

Hans war mißmutig. Aber es dauerte nicht lange, da träumte er schon wieder. Ja, wenn Grete am nächsten Abend wieder rundherum ging, dann wollte er einfach hinterher gehen und sie umfassen; und küssen wollte er sie auch. Als das Gehöft in Sicht kam, dachte er: Es ist noch so schön draussen; ich will man noch einmal rundrum gehen. Dunkel lag die Tannenschonung. Frickele Wärme sickerte heraus. Die machte das Blut unruhig. Wie eine Feier war die Nacht: hoch und warm und still. Bei den Eichen sah Hans etwas Helles auf sich zu kommen. Grete war's. "Was", sagte er erstaunt, "bist du noch einmal rungegangen?"

"Ja, Hans!"

Der Kleinknecht fühlte die Hitze in seinem Kopfe. "Du, Grete..." murmelte er. Dann wusste er nichts mehr. Er sah an dem Mädchen vorbei über die Koppe in.

"Was denn, Hans?" Warm und weich war die Stimme des Mädchens.

"Ich meine... ist es dir nicht zu dunkel hier?"

Grete erschauerte. "Ja, Hans, es ist hier sehr dunkel."

Da ergriff Hans die Hand des Mädchens, und als er unversehens ihre kleine, feste Faust hart preßte, da drückte Grete heftig wieder.

"Wollen wir nun noch einmal rundrum, Grete?"

"Ja, Hans, es ist ja noch so schön draussen!"

Paul Behlau.

SPD. Eine Geschmacksfrage.^X In Buxtehude veranstaltete der Königin Luise-Bund eine Goethefeier. Aber Frau Dr. Biesebiel war nicht sehr damit zufrieden. "Finden Sie nicht auch, daß das alles man 'n büschen s=tillos war, nöch?"

"Wieso s=tillos?"

"Na, zu 'ne Goethefeier, da setzt man den Gästen doch nicht ausgerechnet Schillerlocken zum Kaffee vor, nöch?"
